

## **Grenzfriedensbund**

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann  
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)

Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

## WAS DIESES HEFT BRINGT

*Seite**Detlef Siegfried*

Keine Einheit an der Grenze

Kommunisten und Sozialdemokraten

in Flensburg 1945 ..... 92

*Oliver Schultz*

Wenn Zahlen zu Gesichtern werden

Spurensuche nach Angehörigen

von Ladelunder KZ-Opfern in Polen ..... 111

*Norbert Wüstefeld*

Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der

Willkürjustiz in Schleswig-Holstein 1933 bis 1945..... 127

Umschau ab Seite 139

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.  
Sie erscheinen vierteljährlich.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 6,- DM.  
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:  
Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg  
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg  
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

# Keine Einheit an der Grenze

Kommunisten und Sozialdemokraten in Flensburg 1945\*

von DETLEF SIEGFRIED

*Deutschland, blutende Erde  
Mutter in Sorgen und Pein  
Stärker als Not und Beschwerde  
Soll unsere Liebe Dir sein*

(Nationale Sentiments in einem  
Schreiben der Husumer KPD,  
Sommer 1946)

Nach der Niederlage des Nationalsozialismus fanden sich im Frühsommer 1945 - wie auch im übrigen Reichsgebiet - in vielen Orten Schleswig-Holsteins überlebende Funktionäre der früheren Arbeiterparteien SPD und KPD zusammen, um den Neuaufbau des demokratischen Lebens anzupacken. Die so entstandenen Einheitsfronten zerbrachen jedoch bald, als sich zeigte, daß die Vorherrschaftsansprüche der traditionellen Richtungen nach wie vor dominierten. Ähnlich und doch ganz anders verlief die kurzzeitige Mesalliance zwischen den beiden Fraktionen der Flensburger Linken. Die aufmerksamen Briten beobachteten hier einen „Vereinigungsversuch von Kommunisten und Sozialdemokraten“, der aber bald scheiterte, und zwar an der im Grenzland allenthalben umstrittenen Frage der nationalen Zugehörigkeit.

Dabei hatte alles ganz vielversprechend begonnen: Anfang Mai waren die Flensburger Sozialdemokraten zusammengekommen und hatten beschlossen, sich zum Zwecke einer gemeinsamen Aufbautätigkeit mit den örtlichen Kommunisten zusammenzutun, anstelle der früheren Parteien aber nun allein die Gewerkschaft wiederaufzubauen. Der „Vorläufige Ausschuß der Flensburger Arbei-

---

\* Vorliegender Aufsatz erscheint als überarbeitete und ergänzte Fassung eines Abschnitts aus der Darstellung: Detlef Siegfried, Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf“. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992. Der besseren Lesbarkeit wegen wurde auf einen umfänglichen Anmerkungsapparat verzichtet. Näheres zum Flensburger Arbeiterausschuß und den Entwicklungen bis zum Frühjahr 1946 sowie die Quellenbelege in vorgenanntem Buch auf den Seiten 263f. und 503ff. Die Passage zur kommunistischen Politik in den Jahren 1919/20 basiert auf: Kommunistische Arbeiterzeitung, Hamburg, Nr. 89 v. 14.8.1919, Nr. 111 v. 9.9.1919, Nr. 15v. 19.1.1920, Nr. 54 v. 14.4.1920 u. Nr. 73 v. 28.8.1920; Nksch Nr. 10 v. 22.10.1919 u. Nr. 13 v. 8.11.1919: Staatsarchiv Bremen (StAB), 4,65/1724; - Auszug aus dem ZPSt Hamburg Nr. 63 v. 10.8.1921, StAB, 4,65/505.

terschaft“ repräsentierte die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkreise, und er machte seinen Führungsanspruch beim Neuaufbau der Stadt mit Macht geltend. Man betrieb auf eigene Faust erste Entnazifizierungsmaßnahmen, gewann Einfluß auf verschiedene Verwaltungsorgane, ließ Betriebsräte wählen und stellte schließlich mit Friedrich Drews (SPD) auch schnell den Dritten Bürgermeister der Stadt. Der war wohl im Vorläufigen Ausschuß nicht ganz unumstritten und hatte sich insbesondere mit seinem Kontrahenten Georg Beckmann (ebenfalls SPD) auseinanderzusetzen, behielt aber dennoch die Oberhand. Die Besatzungsmacht war von den ausgreifenden Aktivitäten der Linken gar nicht erbaut und nutzte die Gelegenheit zur drastischen Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, als sich ihr mit einer Direktive der Vorgesetzten Behörden eine Handhabe bot. Schon Mitte Juni also waren dem Ausschuß öffentliche Aktivitäten untersagt, doch seine eigentliche Schwächung erfuhr er nicht von außen, sondern von innen.

Schon anlässlich der Gründung des Vorläufigen Ausschusses wollte man sich durch einen Vorstoß beim Grandseigneur der dänischen Minderheit, Rechtsanwalt Ravn, ihrer Unterstützung versichern. Sie war in Südschleswig politisch einflußreich, hatte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus große Opfer gebracht und mit dem Kriegsende sprunghaft an Anziehungskraft gewonnen.

Nach Kriegsende: Deutschland oder Dänemark?

Bei der Volksabstimmung von 1920 hatte eine Mehrheit von etwa 75 Prozent der Flensburger Bevölkerung für den Verbleib bei Deutschland votiert. Damit war die nationale Zugehörigkeit ebenso entschieden wie die künftige Koexistenz von deutsch gesinnter Mehrheit und einer starken dänisch orientierten Minderheit. Die Zugehörigkeit zur Minderheit definierte sich allerdings allein über das individuelle Bekenntnis und unterlag keinerlei administrativen Kontrollmechanismen. Das zahlenmäßige Verhältnis lag also nicht fest, sondern es fluktuierte nach zeitbedingten Mehrheitspräferenzen und konnte - freilich unter extremen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen - durchaus auch Umschlagen, so daß eine Neuordnung der staatlichen Zugehörigkeitsverhältnisse nicht undenkbar war. Die Notlage in den ersten Nachkriegsjahren und die negativen Erfahrungen mit einem starken Deutschland begründeten eine solche Extremsituation.

Der Schleswigsche Verein, der die politische und kulturelle Interessenvertretung der dänischen Minderheit seit 1920 übernommen hatte, bestand auch unter dem Nationalsozialismus fort, verlor aber mehr und mehr Mitglieder, weil das Regime die Nischenfunktion des Vereins durch zunehmende Unterdrückungsmaßnahmen erfolgreich zu destruieren suchte. Während die Gruppe 1933 noch 3.493

Mitglieder zählte, waren es im Mai 1945 nur noch 1.990. Doch nach der deutschen Kapitulation stiegen die Mitgliederzahlen sprunghaft an. Am 1. Januar 1946 verzeichnete der mittlerweile neu formierte Verein 6.009 Angehörige und wenige Monate später, am 1. Juli, mit 20.021 mehr als die dreifache Zahl. Die Ursache für diesen rasanten Zuwachs lag vor allem in den reichhaltigen Lebensmittelzuwendungen für die Vereinsmitglieder. So erhielt z.B. eine fünfköpfige Familie gegen Zahlung von fünf Reichsmark aus dänischen Beständen ca. 15 Kilogramm Fettwaren, 50 Kilogramm Kartoffeln, 15 Kilogramm Brot und verschiedenes mehr. Derartige Überlebenshilfen symbolisierten für viele Notleidende die Hoffnung, den katastrophalen Auswirkungen der Niederlage mit Hilfe einer Bindung an Dänemark entgehen zu können. Doch für die Linke war das Problem vor allem fundamental politisch bestimmt. Für sie mußte sich die Frage stellen, ob ein starkes Deutsches Reich nach den jüngsten Erfahrungen überhaupt noch erstrebenswert sei. Bot nicht das kleine Dänemark mehr Sicherheiten für eine antichauvinistische Politik ohne die ständige Gefahr aggressiver staatlicher Expansionsbestrebungen? Doch neben den grundsätzlichen Erwägungen veranlaßte nicht zuletzt das massenhafte pro-dänische Votum der Bevölkerung die Führer der Grenzland-Sozialdemokratie zur Revision ihrer bisherigen Positionen.

Nach der Volksabstimmung von 1920 hatte die SPD ihre Haltung zur Zugehörigkeit Südschleswigs durch einen Kontrakt zwischen den Parteiführungen beider Länder, dem nach den Vorsitzenden benannten Stauning-Wels-Abkommen, klar definiert. Wie schon bei ihrem Abstimmungsvotum entschied sich die Sozialdemokratie für Deutschland und betrachtete die bestehende Grenze als unveränderbar. 1918 hatte der Flensburger SPD-Vorsitzende beteuert: „Bisher sind wir deutsch gewesen, und deutsch wollen wir bleiben und uns erhalten alles, was uns lieb und wert ist.“ Doch als sich gleich nach der Niederlage des NS-Regimes die dänische Minderheit für einen Anschluß an Dänemark einsetzte, da gehörten ihr an führender Stelle auch eine Reihe früherer SPD-Mitglieder an - vorerst nicht viel mehr als eine Handvoll. Weil der Schleswigsche Verein nach britischem Reglement wegen seines traditionellen politischen Mandats nicht zugelassen werden konnte, bildete sich vor allem aus dem Kreis der auch am Flensburger Arbeiterausschuß beteiligten Gruppe um den Widerstandskämpfer Peter Hattesen die Südschleswigsche Vereinigung, deren erklärtes Ziel die enge kulturelle, wirtschaftliche und möglicherweise auch administrative Verbindung nach Dänemark war. Gründungskomitees wurden unter Flensburger Ägide noch im Sommer 1945 in Husum und Schleswig gebildet. Die Option der Sozialdemokraten um Hattesen für einen Anschluß an Dänemark oder-als Interimslösung- für die Selbstverwaltung Südschleswigs entzweite vorerst nicht so sehr die

Flensburger Sozialdemokraten, sondern zunächst vor allem die bestehende Einheitsfront mit der KPD.

Kommunistische Hoffnungen: Südschleswig als Teil eines „Sowjetdeutschland“

Schon bald nach der Kapitulation war in den Reihen der Linksparteien über die künftige Haltung zur nationalen Zugehörigkeit des Grenzlandes debattiert worden. Bei den Kommunisten waren die Meinungen geteilt. Einige unterstützten die aus SPD-Kreisen vorgetragene Irredenta, andere gaben zu bedenken, „daß die russische Politik einer Vereinigung entgegenstehe, weil die Russen wünschten, daß alle deutschen Kommunisten für einen deutschen kommunistischen Staat arbeiteten“. Die Flensburger Kommunisten zeigten sich zunächst mehrheitlich überzeugt, daß Deutschland ohnehin bald ein einheitlicher Sowjetstaat sein werde. Die antiseparatistische KPD-Mehrheit stabilisierte sich, als Julius Jürgensen aus dem KZ Buchenwald nach kurzem Aufenthalt in Hamburg in den ersten Junitagen an die Förde zurückkehrte. Als gebürtiger Flensburger war Jürgensen mit der Problematik bestens vertraut, und als KPD-Spitzenkader sah er sich zur Durchsetzung der antiseparatistischen Linie autorisiert. Schließlich war er als Mitglied des eben in Hamburg gebildeten dreiköpfigen Bezirkssekretariats Buchenwälder Provenienz mit dem Mandat zum Parteaufbau in der schleswig-holsteinischen Provinz betraut worden und hatte sich unter diesem Vorzeichen in seine Flensburger Heimat begeben. Zwar kam die Parole nicht, wie Hellwig meinte, direkt „von Moskau“. Nichtsdestoweniger ging Jürgensen ganz mit den Präferenzen sowjetischer Außenpolitik konform, als er sich Anfang Juni 1945 vehement für die deutsche Reichseinheit einsetzte und diese Position auch in der Flensburger KPD befestigte. Am 6. Juni jedenfalls erklärte sich Peter Lorenzen als kommunistischer Vorsitzender des Gewerkschaftsausschusses unter Berufung auf Stalin, der ein ungeteiltes Deutschland wünsche, gegen die Grenzrevision.

Die sowjetischen Präferenzen stießen nicht nur deshalb auf eine gewisse Resonanz unter deutschen Kommunisten, weil sie den kommunistischen Staat im Osten als Leitinstanz eines revolutionären Weltprozesses ansahen. Nach der Niederlage der Nationalsozialisten, die maßgeblich durch den Vormarsch der Roten Armee bewirkt worden war, sahen sie sich als die Sieger der deutschen Geschichte. Der Kommunismus, das identitätsstiftende Ziel, für das sie gekämpft und gelitten hatten, würde sich nicht im autonomen Dänemark, sondern kraft der vermeintlich führenden sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland durchsetzen. Jürgensen, Lorenzen und andere nüchtern kalkulierende KPD-Führer fragten sich, warum man ausgerechnet in dieser scheinbar günstigen historischen Situation für den territorialen Anschluß Südschlewigs an Däne-

mark wirken sollte.

### Der Bruch in der Einheitsfront: sozialdemokratischer Grenzrevisionismus

Jürgensen hatte zunächst mit den maßgeblichen KPD-Genossen diskutiert und bemühte sich anschließend mit sehr viel weniger Erfolg darum, auch einen Teil der Sozialdemokraten von einer antiseparatistischen Haltung zu überzeugen. Im Führungsgremium des Arbeiterausschusses, dem Aktionsausschuß, jedenfalls führte das Ausscheren der Kommunisten zum Bruch. Während die dänisch orientierte Gruppe um Hattesen und Hellwig die sozialdemokratischen Genossen mit dem Aktionsausschuß-Vorsitzenden Bürgermeister Drews für den Anschluß und eine entsprechende politische Initiative gewinnen konnte, bestanden die Kommunisten mehrheitlich auf der Beibehaltung des Status quo. Die Sozialdemokraten widersprachen der staatszentralistischen Zielperspektive und wünschten statt dessen eine weitgehende Regionalisierung. So blieb der Flensburger Aktionsausschuß zwar bestehen, war jedoch Anfang Juni entlang der überkommenen politischen Trennungslinie gespalten, weil in der wichtigen Anschlußfrage kein Konsens herzustellen war.

Der Bruch vertiefte sich, als mit einem separaten Treffen der sozialdemokratischen Grenzrevisions-Befürworter eine massive Kampagne für den Anschluß an Dänemark begann. Die Kommunisten hatten kurz vorher von der für den 8. Juni angesetzten Versammlung erfahren, und Jürgensen als kampferprobter Parteiführer erklärte sich bereit, dort den kommunistischen Standpunkt zu vertreten und die drohende irredentistische Initiative des sozialdemokratischen Blocks zu verhindern. Die SPD-Repräsentanten indes waren an der Teilnahme des KPD-Mannes nicht interessiert, dessen Intervention - so befürchtete man - zu neuerlichen Irritationen im ohnehin noch nicht rückhaltlos anschlusswilligen SPD-Spektrum geführt hätte. Drews winkte dem in dieser Sache Vorsprechenden schon am Nachmittag des Versammlungstages mit der Bemerkung ab, seine „deutsche Einstellung“ sei „zu bekannt“, und Max Beyreis erklärte Jürgensen am Abend schließlich vor vollem Hause und nahezu unwidersprochen, der Versammlung liege „sehr viel an einer einstimmigen Annahme“ der abzugebenden Erklärung, und wenn Jürgensen gegen den Anschluß sei, so möge er den Saal verlassen.

Als die 36 „Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften“ unter sich waren, billigten sie einstimmig und ganz ohne jede Debatte einen Resolutionsentwurf von Hellwig und Drews, mit dem sie „alle Bestrebungen“ unterstützten, „die darauf abzielen, die im Jahre 1920 festgelegte Grenze nach Süden zu verlegen und die Stadt Flensburg und Südschleswig an Dänemark und damit an den groß-skandinavischen Raum anzuschließen“, weil

die 1920 gehegten Hoffnungen auf eine Demokratisierung Deutschlands sich nicht erfüllt hätten. Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung wurde die Resolution an den Parteivorstand der dänischen Sozialdemokratie gesandt.

Die Initiatoren der Entschließung, Hattesen, Hellwig und Drews, betätigten sich im Juni und Juli verstärkt in der Südschleswigschen Vereinigung und betrieben Anfang August gleichzeitig die Zulassung der Flensburger Sozialdemokratie. Noch im selben Monat wurde von ihnen ein Zwanzigerausschuß der Südschleswigschen Vereinigung ins Leben gerufen, der im Juli unter eine auf den 21. Juni datierte Adresse an die dänische Regierung - angeblich innerhalb von drei Tagen - 10.000 Unterschriften für eine territoriale Neuordnung sammelte. Doch nun führte man historische Gründe an, nach denen Südschleswig in dänisches Staatsterritorium integriert oder als von Holstein separiertes Mandatsgebiet von Dänemark verwaltet werden sollte. „Eine Wiederholung der Begebenheiten von 1848 bis 1945 wird an dem Willen der südschleswigschen Bevölkerung scheitern, die zu der Erkenntnis gelangt ist, daß sie trotz vorwiegend deutscher Sprache und Erziehung abstammungsmäßig und geschichtlich doch zum dänischen Volk gehört.“ Die Briten verboten diese ebenso überraschend wie massiv vorgetragene politische Aktion, konnten aber die schnell um sich greifende Anschlußdiskussion nicht unterbinden.

Da zu den Unterzeichnern der Partieresolution vom 8. Juni auch sechzehn SPD-Vertreter des Vorläufigen Ausschusses und mit einer Ausnahme alle sozialdemokratischen Mitglieder des engeren Aktionsausschusses gehörten, war der Bruch im Arbeiterausschuß unausweichlich geworden. Allein das Verbot der Besatzungsmacht, das die Aktivisten schon vier Tage später erreichte, verhinderte die offene polarisierte Auseinandersetzung. Am Tage vor dem Betätigungsverbot war die letzte Sitzung des Aktionsausschusses in gereizter Atmosphäre verlaufen. Zwar bemühten sich alle Beteiligten, das brisante Thema nicht zu berühren. Auch Jürgensen, der in diesem Kreise erstmals in Erscheinung trat, hielt sich in der Anschlußfrage zurück, ohne jedoch auf die Vermittlung politischer Direktiven verzichten zu wollen. Jetzt müßte, so instruierte der mit den Richtlinien des Zentralkomitees ausgestattete KPD-Bezirkssekretär die Flensburger, eine „breite Front der Antifaschisten“ gebildet werden, die „vom rechten Flügel des Bürgertums bis zu den Kommunisten“ reichen sollte. Nun wäre die Metamorphose der Flensburger „Arbeiterinitiative“ zu einer klassenübergreifenden Bündnisformation nach Volksfrontmuster ein schwieriges Unterfangen geworden, zumal bürgerliche Partner nicht in Sicht waren. Während SPD-Vertreter, wie das Protokoll nahelegt, von Jürgensens Maßgaben eher abgeschreckt waren, sahen sich die Flensburger Kommunisten durch ihren selbstbewußten Parteiführer im Aufwind. Derart ermutigt kritisierten sie den

karitativen Anstrich einer städtischen Sammlung für die ehemaligen KZ-Häftlinge. Statt dessen sollten in sozialrevolutionärem Aktionismus Wohnungen beschlagnahmt werden. Lorenzen kündigte sogar an, notfalls auch kommunistische Alleingänge gegen Drews' Votum durchführen zu wollen. Die letzte Aktionsausschuß-Sitzung endete also mit einem Mißklang, ohne daß der eigentliche Streitpunkt thematisiert worden wäre. Doch als sich das sozialdemokratische Engagement für die territoriale Neuordnung in der Folgezeit verstärkte, setzte eine mehr oder weniger offene Auseinandersetzung um politische Dominanzen ein. Die KPD widersetzte sich zunächst erfolgreich dem Versuch der dänischgesinnten Sozialdemokraten, „auch die Gewerkschaftsbewegung in das süd-schleswigsche Fahrwasser gleiten zu lassen“.

Stalinistische Aporien: Die Flensburger Kommunisten zwischen internationalen Traditionen und nationaler Taktik

Obwohl die offizielle Haltung der kommunistischen Parteispitze zur „neudänischen“ Bewegung feststand, zeigte sie sich gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und dem Sympatisantenumfeld tolerant. Anfang September beobachteten die Briten interessiert die daraus resultierende Ambivalenz und machten eine Unterstützung der KPD „für die .kulturellen<sup>1</sup> Ziele der dänischen Minderheit“ aus. Schon in den ersten Diskussionen nach der Kapitulation hatte eine Minderheit der Flensburger Kommunisten die Grenzrevision nicht ausschließen wollen. Zwei Parteigenossen hatten gar noch vor dem Massenvotum vom Juli als Mitglieder der von Hattesen geleiteten „14-Mann-Gruppe“ gemeinsam mit vier Sozialdemokraten, vier Bürgerlichen und vier Bauernvertretern eine eigene Anschlußresolution an das dänische Volk und seine Regierung verfaßt. Altkommunist Otto Dyrby hatte schon in den letzten Kriegsmonaten über Arbeitskollegen von der Werft Kontakt zur Hattesen-Gruppe gefunden und beteiligte sich nach dem Krieg an der illegalen dänisch-orientierten Südschleswig-Presse. Im November 1945 gehörte jedes zweite Mitglied der Flensburger KPD der Südschleswigschen Vereinigung an, darunter etwa mit Martin Schöler und Karl-Heinz Lorenzen auch Führungskader der Partei, in der KPD-Kreisorganisation Schleswig gehörte selbst der Kreisvorsitzende Walter Büchmann der Südschleswigschen Vereinigung an, im Kreis Eiderstedt der stellvertretende Kreisvorsitzende Peter Clasen und Kreisleitungsmitglied Ludwig Hohnsbehn. Der dortige Kreisvorsitzende Heinrich Duus versicherte den Briten sogar, für Europa sei es das Beste, wenn Deutschland von der Landkarte verschwände.

Das hatte, wie in Hamburg registriert wurde, handfeste Gründe, die nicht zuletzt in der unmittelbaren Vergangenheit zu finden waren: „Ein Teil unserer Genossen ist zweifelsohne dänischer Herkunft, ein weiterer Teil ist aber nur, um einer

Verhaftung zu entgehen, in die Volksgruppe eingetreten, und tritt heute wegen der materiellen Vorteile nicht aus.“ Der spätere Flensburger KPD-Vorsitzende Wilhelm Hannemann erklärte, unter dem Nationalsozialismus sei der Schleswigsche Verein in oppositionellen Kreisen als „Ausweichlager aus dem faschistischen Terror“ angesehen worden. Und tatsächlich hatte schon Ende 1934 der zuständige ZK-Instrukteur nach Prag gekabelt, die Flensburger und Schleswiger Kommunisten nutzten den nationalen Minderheitenstatus zum eigenen Schutz. So würden die Kommunisten nicht nur zu einem hohen Anteil Mitglieder des Schleswigschen Vereins, sondern sie ließen auch ihre Kinder aus den deutschen in die dänischen Lehranstalten umschulen, um sie so „dem staatspolitischen Unterricht und dem fasch[istischen] Einfluß an den Deutschen Schulen zu entziehen“. Dafür entschieden sich zum Schuljahr 1934/35 nicht weniger als 56 Familien aus dem KPD-Umfeld.

Doch es waren nicht nur rein pragmatische Gründe, die die verfolgten Kommunisten während der Nazizeit in engeren Kontakt zur dänischen Minderheit brachten. Schon in den bewegten Zeiten der Volksabstimmung von 1920 war die Meinung in der KPD durchaus nicht so eindeutig gewesen wie es dann 1946 die übergeordnete Bezirksleitung Wasserkante postulierte, als sie verkündete, die „Interessen des schaffenden Volkes [fielen] mit dem nationalen Interesse zusammen“, und das sei „die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands“. Im Jahre 1919 hatte sich das ganz anders angehört. Die damalige Bezirksleitung Nord der eben gegründeten KPD gab sich wesentlich weniger nationalbewußt. Statt dessen konstatierte sie angesichts des bevorstehenden Referendums nüchtern: „Für den Proletarier existiert eine Dänenfrage nicht. Der Proletarier bleibt der Ausbeutung ausgesetzt, einerlei, ob Nordschleswig Bestandteil der freien deutschen Republik bleibt, oder ob es Dänemark einverleibt wird. An dem Ausgang der Abstimmung hat er kein Interesse und hält sich daher der Abstimmung fern.“ Nicht nur die Bezirksleitung in Hamburg, sondern auch die Flensburger Genossen hatten für die „deutschnationale Verhetzung“ der Arbeiter nichts übrig. Sie setzten - tatkräftig unterstützt von dänischen Parteigenossen - der sozialdemokratischen Parole „Deutsch sind wir, und deutsch wollen wir bleiben“ die Losung vom internationalen Klassenkampf entgegen.

Im Grenzland hatte sich die Ortsgruppe Flensburg mit 400 bis 500 Parteimitgliedern um den Jahreswechsel 1919/1920 zur kommunistischen Metropole entwickelt. Besorgt lokalisierten die zuständigen Behörden hier den regionalen „Ausstrahlungsherd des Kommunismus“, der auf die radikalen Arbeiter in dem „vollständig verseuchten“ Eckernförde und in Kappeln und Tönning einwirkte. Die Kommunisten in Südschleswig waren in den ersten Jahren der Weimarer Republik nicht nur international gesonnen, sondern sie gehörten innerhalb der

Partei zum aktionistischen linksradikalen Spektrum. Die meisten von ihnen schlossen sich 1920 der rätekommunistischen Abspaltung „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (KAPD) an, und sie unterstützten deren antiautoritären und antinationalen Flügel.

#### Von kommunistischer Realpolitik zum grenzpolitischen Fundamentalismus

Insofern konnte sich die nationale Nachkriegspolitik der kommunistischen Parteiführung keineswegs auf lokale Traditionen stützen, ja sie stand ihnen sogar diametral entgegen. Überdies waren während der NS-Diktatur starke persönliche Verflechtungen zwischen Flensburger KPD und dänischer Minderheit entstanden. Und schließlich tat das mehrheitlich revisionistische Juli-Votum der Flensburger Bevölkerung ein Übriges, um die örtliche Parteispitze in Grenzfragen zu vorsichtiger Konzilianz zu bewegen.

Wegen der Nischenfunktion des Schleswigschen Vereins unter der NS-Diktatur lagen für alle Systemopponenten enge Bindungen zur dänischen Minderheit nahe. Zwar war die Mitgliedschaft in der neu formierten Südschleswigschen Vereinigung nicht unbedingt gleichzusetzen mit der Forderung nach territorialer Neuordnung. Gleichwohl neigten auch in der örtlichen KPD viele Parteigenossen, wenn nicht sogar die Majorität, einem Anschluß an Dänemark zu. Außerdem, so spürte die Flensburger KPD-Führung wohl, würde ein normativer grenzpolitischer Fundamentalismus sie auch unter den kommunistischen Eliten des Grenzlandes isolieren. In den anderen Städten nördlich der Eider und erst recht in den ländlichen Gebieten zeigten die Kommunisten nämlich weniger ideologische Standfestigkeit und kooperierten auch in der Grenzfrage mit der allorts anschlusswilligen Sozialdemokratie. Angesichts derart widriger Verhältnisse hütete sich die Flensburger Parteiführung, das Problem zum Gegenstand einer ernsthaften innerparteilichen Auseinandersetzung zu machen. Die notgedrungen flexible Haltung der örtlichen Parteileitung verhinderte eine Verhärtung der konträren Standpunkte, wie sie in der Sozialdemokratie zu beobachten war, die sich in Flensburg wie in Hamburg und Kiel schon früh festgelegt hatte. Georg Beckmann berichtete angesichts eines heillos zerstrittenen SPD-Kreisvereins dem Kieler Beauftragten Dr. Richard Schenck Anfang Oktober, die KPD-Spitze halte an ihrem antiseparatistischen Votum fest, verzichte jedoch auf die sonst übliche innerparteiliche Ausrichtung: „Obwohl sich die Funktionäre der KP über eine überwiegende Stimmung für den Anschluß in ihren Reihen im klaren sind, bezieht man eine neutrale Stellung und macht den Anhängern der Partei keine Vorschriften.“

Spätestens ab Oktober 1945 sprach sich die KPD Flensburg öffentlich für einen Verbleib bei Deutschland aus. Weil die Partei aber bis zum Sommer des nach-

folgenden Jahres darauf verzichtete, die Status-quo-Option für die eigene Mitgliedschaft verbindlich zu machen, wurde der frühe Parteaufbau anders als auf Seiten der SPD nicht durch nationale Spaltung verzögert. Die Flensburger KPD ging also zunächst mit internen Meinungsverschiedenheiten, aber ungespalten in das Kennen um öffentliche Akzeptanz. Andererseits ließ der Pragmatismus der örtlichen Parteispitze die bestehenden Differenzen unangetastet, so daß sie latent weiterbestanden und allgemein als offenes Geheimnis gehandelt wurde, daß eine KPD-Mehrheit für die Grenzrevision eintrete. Anfang Dezember wagte Hellwig die Prognose, die KPD-Mitglieder würden „bei einer Abstimmung auch bei einer gegenteiligen Parole dänisch stimmen“. Selbst KPD-Leitungskader erklärten auf Anfrage, „sie seien bereit, für die Schaffung eines Mandatsgebiets einzutreten“. Der Verzicht auf die Austragung der Meinungsverschiedenheiten verschaffte der KPD noch im Frühjahr 1946 einen beachtlichen Organisationsvorsprung, forderte aber bald seinen Tribut. Im Frühsommer sah sich die Hamburger Bezirksspitze angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen genötigt, in Flensburg mit harter Hand durchzugreifen und veranlaßte den Parteiausschluß von 163 Mitgliedern. Die KPD isolierte sich damit in ihrer Arbeiterklientel weitgehend, zumal sie sich auch noch dem Deutschen Block zur ersten Kommunalwahl anschloß, der außer ihr den kleinen treudeutschen Teil der Sozialdemokratie und die bürgerlichen Formationen umfaßte.

#### Flensburger SPD: Zwischen Kiel und Kopenhagen

Für die Flensburger SPD hatte das frühe und nahezu ungeteilte Engagement für die Grenzrevision in der Aufbauphase weitaus schwerwiegendere Folgen. Die Initiatoren des Juli-Votums beantragten zwei Tage nach der Ankündigung einer baldigen Parteienzulassung durch Montgomery vom 6. August nicht nur die Zulassung der Südschleswigischen Vereinigung, sondern kurz darauf auch die eines Sozialdemokratischen Wählervereins. Dem von achtzig Parteigenossen gewählten zwölfköpfigen Vorstand des Partei-Vorläufers gehörten nur drei Mitglieder an, die die Resolution vom 8. Juni nicht unterschrieben hatten. Ansonsten war der „Wählerverein“, der sich angesichts des mehrheitlichen Anschlußvotums schlecht als Gliederung der national festgelegten „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ anmelden konnte, unter dem Vorsitz von Drews fest in (neu)dänischer Hand.

Die Politik der Flensburger SPD führte zu langandauernden Auseinandersetzungen mit dem Kieler Bezirksvorstand. Am 17. und 18. August suchten Erich Arp und Dr. Richard Schenck erstmals die Flensburger Sozialdemokraten auf und mußten nach einem Tag feststellen: „Da gibt's gar keine Deutschgesinnten mehr!“ Schencks Jugendfreund Hellwig hatte in einem ersten Gespräch mit den

von der Elbe Herbeigereisten wohl schon seine pro-dänische Haltung angedeutet, stellte aber trotzdem für den nächsten Tag ein Mandat des Flensburger Kreisvereins für Schenck in Aussicht. Doch vordem zweiten Treffen wurde den Flensburgern von offizieller dänischer Seite Rückendeckung zuteil. Am Nachmittag des 18. August versicherten die Initiatoren der Südschleswigschen Vereinigung dem konservativen dänischen Außenminister Christmas Möller, der sich vor Ort über die florierende Anschlußbewegung informieren wollte, ihre ernsthaften Fusionsabsichten. Möller zeigte sich beeindruckt und versprach, das Problem in der Regierung neu /.li erörtern. Derart bestärkt gingen Drews, Hellwig und Hattesen in die zweite Verhandlungsrunde mit Schenck und Arp. Die drei Anschlußbefürworter erklärten den Beauftragten des Bezirksvorstands nunmehr, sich wohl am Aufbau der SPD beteiligen, gleichzeitig aber für die Verlegung der Grenze arbeiten zu wollen. Die konnten dagegen vorerst wenig ausrichten, ließen sich aber von Hellwig und Drews eine Vollmacht für Schenck unterschreiben, bei der Formierung des Bezirksverbands „auch im Namen der Flensburger Genossen auftreten“ zu dürfen. Das Zugeständnis fiel den dissidenten Flensburgern nicht schwer. Immerhin konnten sie sich der mehrheitlichen Unterstützung ihrer örtlichen Parteigenossen sicher sein, und sie rechneten zudem nun auch mit einem positiven Votum der dänischen Regierung. Was sollten da schon die Interventionen des fernen, eben erst im Aufbau befindlichen und ohnehin durch niemanden legitimierten Kieler Bezirksvorstands ausrichten können! Andererseits konnte und wollte man sich- jedenfalls solange die Zugehörigkeitsfrage nicht endgültig geregelt war - nicht ganz und gar dem überregionalen Parteaufbau entziehen. Dabei war weniger die bald darauf von Schenck angeordnete mögliche Bildung einer konkurrierenden, nach Deutschland orientierten Formation zu befürchten. Vielmehr bestand auch im Grenzland ein elementares Bedürfnis nach politischer Führung durch eine politisch erneuerte Sozialdemokratie, der man sich ja schließlich ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten in der Grenzfrage auch weiterhin zugehörig fühlte. Doch die Flensburger täuschten sich über die Hartnäckigkeit Schencks und des Kieler Bezirksvorstands, die in Flensburg immerhin um den ganzen Landesteil nördlich der Eider kämpften. Schon bei ihrem ersten Besuch hatte Arp seinen Freund Schenck mit einem „Grenzfonds“ von 2.000 Reichsmark ausgestattet, der einen längerandauernden Aufenthalt zur Durchsetzung der antiseparatistischen Linie ermöglichen sollte. In Hamburg hatte man von den Verhältnissen in Südschleswig gehört und sich - wohl in Absprache mit dem Kieler Gründerzirkel - eine gründliche Bereinigung vorgenommen. Als gebürtiger Flensburger und Kenner der Materie schien Schenck prädestiniert, diese Mission erfolgreich zu erfüllen.

Brachiales Deutschtum: Richard Schenck und Kurt Schumacher

Der von ihm ausführlich unterrichtete Kieler Bezirksvorstand machte den Flensburgern eine Woche später unmißverständlich seine Auffassung klar: „Wir verurteilen die separatistischen Umtriebe in Schleswig und beklagen ganz besonders, daß diese volksverräterischen und parteischädigenden Bestrebungen auch in sozialdemokratische Kreise Eingang gefunden haben. Der Bezirksverbands Vorstand hat für diese Bestrebungen kein Verständnis und erwartet, daß unsere Genossen sich von dieser Bewegung distanzieren.“ Ende August entsandte man den zwischenzeitlich an die Elbe zurückgekehrten und am 25. August mit dem offiziellen Kieler Mandat versehenen Schenck als ständigen Vertreter nach Flensburg, um die Dinge im Sinne des Bezirksvorstands zu regeln. Er entwickelte bis Mitte September umfangreiche Aktivitäten, konnte jedoch keine dauerhafte Neuorientierung der Flensburger Sozialdemokratie durchsetzen. Die vereinbarte unter einem umbesetzten Vorstand schließlich am 14. September mit dem Kieler Beauftragten den brüchigen Kompromiß, sich künftig in der Zugehörigkeitsfrage neutral zu verhalten und auf weitere Aktivitäten für einen Anschluß zu verzichten. Solange Flensburg deutsch sei, so erklärte der neue Vorsitzende Reiser klipp und klar, füge man sich der Parteidisziplin der deutschen Sozialdemokratie. Dafür sagte Schenck die Anerkennung als SPD-Ortsverein zu. Ähnlich wie die KPD erklärte die Flensburger SPD nunmehr „die Grenzfrage für eine Privatangelegenheit jedes Einzelnen“. Wie bei den Kommunisten wurde damit nun auch im sozialdemokratischen Lager der Dissens nicht weiter ausgetragen, sondern unter den Teppich gekehrt, um ein Mindestmaß an einheitlicher Organisation beim Parteaufbau gewährleisten zu können. Abb. 6 Werbezetzel für eine KPD- Veranstaltung am 28. März 1946. Anfang März hatte der Vorsitzende der SPD in den Westzonen, Kurt Schumacher, in Flensburg gegen die KPD und die von ihren Genossen in der SBZ betriebene Vereinigung mit der SPD gesprochen. Dem setzte nun die KPD eine Veranstaltung entgegen, an der zweitausend Flensburger teilnahmen (Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hamburg, Nachlaß Hoffmann) Schencks Flensburger Mission war insofern erfolgreich, als die Sozialdemokraten sich nun nicht mehr an die Spitze der Anschlußbewegung stellten und sich offiziell zur Neutralität verpflichteten. Der zwischenzeitlich offene Konflikt schwelte jedoch - jetzt notdürftig geglättet - latent weiter, nicht zuletzt, weil Schenck und Reiser sich hinsichtlich der Parteimitgliedschaft der Anschluß-Protagonisten Drews, Hellwig und Hattesen nicht einigen konnten. Nachdem Schenck mit seinem Ansinnen gescheitert war, die Flensburger Initiatoren der „Neudänenbewegung“ schon auf dem ersten sozialdemokratischen Nachkriegstreffen in Wennigsen mit höchster Autorität ausschließen zu lassen, führte der Grenzkonflikt auf der Kieler SPD-Bezirkskonferenz am 28. Oktober in Anwesenheit eines Hannoveraner Vertreters zu einer scharfen Kont-

reverse. In Kiel versuchten Reiser und Schmehl, der Partei ihre Lage zu verdeutlichen und appellierten vergeblich an die Delegierten, dem Ortsverein - entgegen dem Vorschlag Schencks - Entscheidungsfreiheit zuzugestehen. „Wenn man dort mit einer national-deutschen Einstellung Propaganda machen wolle, würden uns die Arbeiter einfach nicht folgen“, erklärten sie. Der bei drei Gegenstimmen befürwortete Antrag, Hellwig und Drews aus dem Flensburger Parteivorstand zu entfernen, wurde vom Kreisverein ignoriert.

Nach einer relativen Beruhigung spitzten sich die Probleme ab April/Mai 1946 erneut zu, als der Bezirksvorstand angesichts der für die nächste Zeit erwarteten Wahlen auf eine endgültige Regelung in seinem Sinne drängte, die Flensburger Sozialdemokraten aber ein Wahlbündnis mit der dänischen Minderheit anvisierten. Die Kieler Parteiführung verabschiedete erneut eine Resolution gegen den Anschluß, der sich die Flensburger widersetzen. Auf einer Kundgebung am 7. Juli in Husum, an der zwecks einer Unterredung teilzunehmen die Flensburger vom SPD-Bezirksvorsitzenden Andreas Gayk gebeten worden waren, verkündete der Parteivorsitzende Kurt Schumacher öffentlich die Auflösung der Flensburger Parteiorganisation - freilich ohne dazu berechtigt gewesen zu sein. Am 27. Juli 1946 fand die Gründungsversammlung der kleinen deutschgesinnten „Neuen SPD“ statt, und die dänisch orientierte Mehrheit bildete die Sozialdemokratische Partei Flensburg (SPF). Damit war die organisatorische Spaltung der Flensburger Sozialdemokratie perfekt.

Rückblende: Die nationalpolitische Brisanz der SPD/KPD-Kooperation und ein sozialdemokratischer Hauskrach

Doch schon im Spätsommer 1945 war die Flensburger SPD tief zerstritten. Während die separatistischen Bestrebungen in der SPD und ihrer Anhängerschaft im Juli und noch bis Mitte August weitgehend unreflektiert befürwortet wurden, entstanden mit dem Eintreffen Arps und Schencks erste Brüche, die sich bis zum neuerlichen Besuch des Kieler Emissärs zu unüberwindbaren Gräben auswuchsen. Bis dahin wurde das Problem der staatlichen Zugehörigkeit, wohl auch aufgrund der ambivalenten Haltung der KPD, für nicht so schwerwiegend erachtet, als daß dadurch eine Verständigung der Linksparteien in Tagesfragen grundsätzlich nicht mehr möglich gewesen wäre. Zwar sprach sich die Mehrheit der KPD- Führungsgruppe gegen den Anschluß und damit auch gegen die Vorzugsoption der SPD-Protagonisten aus. Ansonsten aber galt in der politischen Szene als sicher, daß sich das Gros der KPD-Anhänger bei einer erneuten Abstimmung für Dänemark entscheiden würde. Zudem war zwar Jürgensens Versuch mißlungen, den sozialdemokratischen Gründerkreis in

dieser Angelegenheit zu entzweien. Es stellte sich jedoch die Frage, ob deshalb das Kooperationspostulat als zentrale Konstante kommunistischer Bündnispolitik aufgegeben werden sollte. Zweifellos waren führende KPD-Kader verärgert über die anschlussbereite Haltung der kompletten SPD-Führungsriege, und sie kämpften im eigenen Einflußbereich um die Durchsetzung der Status-quo-Variante. Andererseits hatte sich die „neudänische“ Bewegung im Juni/Julii zu einem derart einflußreichen Faktor entwickelt, daß man - wollte man politisch handlungsfähig bleiben - schwerlich im nationalen Fundamentalismus verharren konnte. Die KPD entschied sich für eine pragmatische Lösung und ging dabei mit der Führung des Sozialdemokratischen Wählervereins konform. Die hielt unter ihren pro-dänischen Exponenten Drews und Hellwig an der bislang alles in allem doch recht ertragreichen Zusammenarbeit mit den offiziell pro-deutschen KPD Führern fest. Das lag auch im machtpolitischen Interesse der Sozialdemokraten, denn während sie sich der dänischen Bewegung widmeten, hatten die Kommunisten die zentralen Positionen im gewerkschaftlichen Gründerkreis besetzt und übten dort unter dem allseits geachteten Peter Lorenzen die uneingeschränkte Hegemonie aus.

Noch bis Mitte August führte Drews von Hellwig tolerierte Verhandlungen über eine enge Kooperation mit der KPD. Daß in Flensburg jemals über die sofortige Bildung einer Einheitspartei debattiert wurde, ist nach dem bisherigen Kenntnisstand eher unwahrscheinlich. Im Mai war man übereingekommen, vorerst gar keine Parteien wiederaufzubauen, sondern alles auf die Gewerkschaftsbewegung zu konzentrieren. Als anderenorts die Diskussionen um das künftige Parteigefüge einsetzten, hatten die beiden Führungszirkel die Entscheidung für einen getrennten Wiederaufbau präjudiziert, indem sie unterschiedliche Mehrheitsvoten in der nationalen Frage abgaben. Dieser Dissens sollte einer engen Zusammenarbeit nicht im Wege stehen, erübrigte aber eine Diskussion um die organisatorische Verschmelzung. Die KPD konstituierte bereits im Juli eine provisorische Parteileitung unter Willi Hannemann, und die Sozialdemokraten schritten offenbar ohne lange Fusionsdebatten am 8. August zur Gründung ihres Wählervereins, nachdem Montgomery erst zwei Tage zuvor grünes Licht gegeben hatte.

Daß Drews und Hellwig - und wohl nicht nur sie allein - auch weiterhin eng mit der KPD zusammenarbeiten wollten, wurde solange toleriert, wie die nationalen Präferenzen der SPD davon unberührt blieben. Nachdem jedoch Arp und Schenck mit einer Vollmacht der beiden Flensburger SPD-Führer für die Gründung des Bezirksverbands Schleswig-Holstein in der Tasche am Abend des 18. August umgereist waren, schlugen die Wogen der Empörung hoch. Henri Prien, danophiler sozialdemokratischer Journalist und als Aktionsausschuß-Mitglied

Kenner der internen SPD/KPD-Beziehungen seit der Kapitulation, hatte Verrat gewittert, als er in seiner Schreibstube einen dortselbst angefertigten Durchschlag der Vollmacht für den deutschgesinnten Schenck fand. Außerdem hatten Arp und Schenck dort nicht nur den druckfrisch über Hamburg importierten Schumacher-Aufruf liegenlassen, sondern auch eine Abschrift des KPD-ZK-Aufrufs vom 11. Juni. Während die angefallenen Schreibarbeiten ausgeführt wurden, hatten sie mit dem hellhörigen Schreibstubenbesitzer über ihre Kooperationsabsichten mit der KPD parliert. Prien mußte entsetzt feststellen, wie er dann notierte, „daß sie nicht nur Vertreter des Preußentums, zentralistischen Gedankens, sondern auch Vertreter für die Idee der Zusammenarbeit mit dem Bolschewismus waren“.

In der Tat ging es den beiden Emissären auch um den Anschluß des Flensburger Gründerzirkels an die in Hamburg und Kiel favorisierte Parteikonzeption. An der Elbe hatten sich Spitzen Vertreter beider Parteien nach langen Debatten darauf geeinigt, die getrennte Reorganisation mit dem Ziel der baldigen Vereinigung von SPD und KPD anzugehen. Ähnlich waren die Ergebnisse der Kieler Verhandlungen gewesen, und als Arp und Schenck nach Flensburg fuhren, propagierte der schleswig-holsteinische Bezirksvorstand dieses Fusionsmodell auch unter Berufung auf den Berliner SPD-Zentralausschuß. Arp hatte schon gegen Kriegsende die enge Kooperation mit den Kommunisten gefordert, die - so seine Intention - in eine umfassend integrative sozialistische Einheitspartei bei Dominanz des früheren sozialdemokratischen Flügels münden sollte. Mit Schenck hatte er in den letzten Kriegsjahren in einer Hamburger Widerstandsgruppe eng zusammengearbeitet, und beide gehörten Anfang August an der Elbe zu den Gründern der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, die politische Konzeptionen der Sozialdemokratie entwickeln sollte. Schenck hatte überdies schon an Sitzungen der einheitszentralistischen Sozialistischen Freien Gewerkschaft in Hamburg teilgenommen und war, wie Arp auch, aus eigener Anschauung über die Verhandlungen zwischen beiden Hamburger Parteispitzen informiert. Die beiden Instruktoren hatten mit ihrer Reise in den Norden der Provinz also auch im Sinn, die Verständigung der Linksparteien voranzubringen.

Dies traf sich nämlich mit der spezifischen Problemlage in der Flensburger Sozialdemokratie. Die KPD hielt dort, wie beide bald in Erfahrung brachten, nach außen hin die deutsche Fahne hoch, und die wenigen noch nationalgesinnten Sozialdemokraten sollen in der Auseinandersetzung mit ihren anschlussfreudigen Genossen von Beginn an eng mit den Kommunisten lliert gewesen sein. In der Hoffnung auf eine Veränderung des innersozialdemokratischen Kräfteverhältnisses setzten Arp und Schenck auch auf den Ausbau der Zusammenarbeit mit der KPD. Dieser Ansatz schien erfolgversprechend, weil die positiven Erfah-

rungen der ersten Nachkriegswochen noch nachwirkten und auch die dänenfreundliche SPD-Spitze um Drews und Hellwig aus anderen als nationalen Gründen an der Kooperation festhalten wollte. Die Hamburger hatten jedoch keine Gelegenheit, ihr Konzept umzusetzen, weil die nationalpolitische Unversöhnlichkeit von Drews, Hellwig und Hattesen nach dem Gespräch mit dem dänischen Außenminister so evident war, daß auch schnelle taktische Winkelzüge im Hinblick auf die KPD wenig Aussicht auf Erfolg hatten.

Henri Priens Alternative: Die antikommunistische Einheitspartei der Grenzrevisionisten

Über Prien gelangte der Vorgang wenige Tage nach der Abreise Schencks und Arps an die Parteiöffentlichkeit. Er hatte die Überlegungen der Bezirksvorstands-Instrukteure durchschaut, sah aber in der Vollmacht für Schenck ganz zu Unrecht einen opportunistischen Rückversicherungsversuch Drews' und Hellwigs. Die waren nun ganz und gar nicht gewillt, sich auf den von Kiel gewünschten Kniefall einzulassen, vergaben sich mit einer Vollmacht an Schenck aber auch nichts. Und ihre bisherige Zusammenarbeit mit der KPD war nichts weniger als eine Unterwerfung unter deren nationale Präferenzen und schon gar kein Versuch, „mit dem Bolschewismus zu liebäugeln“, wie Prien glauben machen wollte.

Während Schenck an der Elbe seinen ersten Bericht schrieb und bald darauf in Kiel mit dem Bezirksvorstand konferierte, kam es in Flensburg zum Eklat über den vermeintlichen Verrat der SPD-Führer, in den der Hamburger nach seiner Rückkehr ins Grenzland mitten hineinplatzte. Gleich nach der Abreise Schencks hatte Prien die Vorgänge publik gemacht und eine Funktionärsversammlung der Partei gefordert, die weitgehende Konsequenzen ziehen sollte. Drews und Hellwig, so erklärte er, hätten sich jetzt „nach Preußen hin ausgerichtet“ und seien nicht mehr tragbar.

Der rebellische Journalist entwarf aber auch Alternativkonzepte zu der von den Inkriminierten betriebenen Kooperation mit der KPD und warb schließlich bei Bauernvertretern und anderen in Frage kommenden Gruppen um Beteiligung an einer „Sozial-demokratischen Einheitspartei“, die als „Block“ gegen die „bolschewistischen Bestrebungen“ fungieren und eine Zusammenarbeit mit der KPD „in jeder Form“ ablehnen sollte. Dabei stützte er sich auf die Absage der dänischen Sozialdemokratie an eine Zusammenarbeit mit den dortigen Kommunisten. Die schichtenübergreifend konzipierte Flensburger „Labour-Party“ sollte, soweit möglich, alle dänisch gesinnten Kreise der Grenzstadt umfassen. Knapp eine Woche nach Schencks Abreise hatte Prien bereits die Verhandlungen aufgenommen und war zuversichtlich, seine Bemühungen bald von Erfolg ge-

krönt zu sehen.

Prien kritisierte sowohl jede Konzession dem deutschgesinnten Schenck gegenüber, als auch jede Verständigung mit der KPD und sah insbesondere in der Verknüpfung beider Elemente in der Politik von Drews und Hellwig die SPD-Anschlußpolitik elementar gefährdet. Dem sollte nun ein dano-sozialdemokratischer Fundamentalismus entgegengesetzt werden, der keinerlei Zugeständnisse an Status-quo-verpflichtete Instanzen zulassen würde. Priens Kampagne fiel auf fruchtbaren Boden, weil die Vollmacht für Schenck auf eigene Faust und ohne Rücksprache mit den übrigen Vorstandsmitgliedern erteilt worden war und sich gegen Drews ohnehin schon seit den ersten Maitagen Opposition geregt hatte. In den Reihen der SPD war nicht nur das abrupte „Neudänentum“ des Mecklenburgers aufgefallen, sondern man kritisierte die weithin als unzulänglich angesehene Kommunalpolitik des sozialdemokratischen Bürgermeisters und die Tatsache, daß er „die Initiative zu einer verworrenen Art von Gewerkschaftsarbeit gegeben [habe], die zu dem Resultat führte, daß heute die KP das Gewerkschaftshaus beherrscht“.

Schützenhilfe erhielt Prien von Beckmann, der noch am Tage der Vollmacht-Unterzeichnung einen vertraulichen Bericht über Drews abfaßte und der örtlichen Militärregierung zukommen ließ. Der Rapport breitete in grob diffamierender Weise Drews' Vergangenheit aus und diente dazu, den Bürgermeister und SPD-Vorsitzenden auch bei den Briten zu demontieren. Dafür schien Beckmann der geeignete Mann zu sein. Er genoß das Vertrauen der Besatzungsmacht, weil er - von dänischen Agenten Ende 1944 für den britischen Geheimdienst geworben - schon vor der Kapitulation Intelligence-Offiziere beherbergt hatte, die sich inkognito im letzten Zufluchtsort der Regierung Dönitz umtun wollten. Seitdem fungierte er als Vertrauensmann der Militärregierung und informierte sie über alle interessierenden Vorgänge. Beckmann hatte nicht vergessen, daß Ende Mai der Versuch einiger Aktionsausschuß-Mitglieder um Prien und Dr. Struck gescheitert war, Drews abzurufen und ihn selbst als alleinigen Bürgermeister einzusetzen. Er kritisierte nicht den von Prien vorgetragene nationalen „Verrat“ Drews', sondern seine „unsozialdemokratische Stadtpolitik“. Schließlich hatte er selbst am 8. Juni das Anschlußersuchen der SPD-Vertreter an die dänischen Genossen unterschrieben, gefiel sich aber im September als örtlicher Vertrauensmann Schencks und sah sich im Geiste bald als künftigen Flensburger Parteivorsitzenden.

Ein vorläufiger Verlierer und ein brüchiger Kompromiß

Zum Eklat kam es, als die Briten den schon vorher zum besoldeten Stadtrat degradierten Drews mit den Anschuldigungen konfrontierten. Er zeigte seinen

Kontrahenten daraufhin kurzerhand an, und die Briten genügten dem daraus erwachsenden Handlungsbedarf schließlich mit einer Verwarnung für beide Beteiligten. Noch auf der Vorstandssitzung vom 5. September hatten Prien und Beckmann Drews und Hellwig so in die Enge treiben können, daß der Vereinsvorsitzende tags darauf von dem inzwischen wieder in Flensburg eingetroffenen Schenck die umstrittene Vollmacht zurückforderte. Bis zu der eine Woche später, am 12. September, abgehaltenen Gründungsversammlung der „Sozialdemokratischen Partei Flensburg“ aber war der Beckmann-Bericht bekannt geworden und die Versammlung schloß den Prien-Vertrauten nach heftigen Auseinandersetzungen aus dem Parteivorstand aus. Aber auch Drews trat auf Bitten der Kollegen vom Vorsitz zurück, um die bis dahin einseitig pro-dänische Vorstandsbesetzung korrigieren zu können und damit dem Bezirksvorstand Kompromißbereitschaft zu signalisieren. Dem daraufhin unter Nicolaus Reiser neu gebildeten Vorstand gehörte er jedoch weiterhin an. Auch Hellwig blieb wie ansonsten alle anderen Anfang August gewählten Mandatsträger Vorstandsmitglied, und für den ausgeschlossenen Beckmann wurde Hermann Olson eingesetzt. Den technischen Aufbau der Parteiorganisation übernahm jetzt Eduard Clasen als stellvertretender Parteivorsitzender. Nutznießer der internen Auseinandersetzungen war in erster Linie und ohne viel eigenes Zutun der Kieler Instrukteur. Schenck profitierte von den internen Querelen, für die sein erster Flensburger Auftritt zwar Anlaß gewesen, deren Eskalation aber hausgemacht war. Am Ende der Auseinandersetzung stand nicht mehr die inhaltliche Debatte um nationale Präferenzen oder gar die heikle Frage der Kooperation mit den Kommunisten, sondern der Versuch, die Politikfähigkeit des Ortsvereins ohne Aufgabe seiner - nach wie vor mehrheitlich pro-dänischen - Identität wiederherzustellen. Der interne Streit kostete die Partei so viel Kraft, daß nun nicht auch noch die von oben aufgedrängte Auseinandersetzung mit dem Bezirksvorstand ausgetragen werden konnte. Zudem wollte man sich nicht der fundamentalistischen und politisch wie in der Vorgehensweise suspekten Gruppe um Prien und Beckmann ausliefern. Solange die nationale Zugehörigkeit des Grenzlandes nicht geklärt war, war man nicht bereit, sich auf das Abenteuer einer autonomen, aber auf die reservierte dänische Partei ausgerichteten „Sozialdemokratischen Einheitspartei“ einzulassen und sich damit rückhaltlos von der SPD loszusagen. Die Vorstandsmehrheit hielt zu Drews - auch wenn sie ihn, wie Hellwig später formulierte, aus „Zweckmäßigkeitsgründen“ nicht mehr als Vorsitzenden halten konnte. Mit der Einsetzung Reisers, der bislang nicht zu den angefeindeten Protagonisten der Anschlußbewegung gehört, als Betriebsratsvorsitzender der Werft aber immerhin die Adresse vom 21. Juni unterschrieben hatte, wurde ein Zeichen der Versöhnung gesetzt. Auch der stellvertretende

Vorsitzende Oasen hatte inzwischen seine Unterschrift unter die Anschlußerklärung vom 8. Juni zurückgezogen. Zwei Tage nach seiner Wahl zog Reiser durch einen Kompromiß mit Schenck vorerst einen Schlußstrich unter die bisherige Debatte und schuf damit die - wenn auch instabile - Basis für die ersten extensiven Aufbaumaßnahmen.

In der Folgezeit zog sich Beckmann auf Anraten Reisers und Clasens ganz aus der Parteiarbeit zurück und wurde auf Initiative Priens und später mit Unterstützung Schencks zum Husumer Bürgermeister gewählt. Drews, für Kiel und die Prien- Gruppe nach wie vor *Persona non grata*, hielt sich vorerst zurück, gewann aber bald wieder an Autorität und wurde als Mitglied der dänisch orientierten SPF in den fünfziger Jahren Flensburger Oberbürgermeister.

# Wenn Zahlen zu Gesichtern werden

Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen

von OLIVER SCHULTZ

## Einleitung

An einem schönen Frühlingsnachmittag fährt ein großer BMW durch die leeren Straßen eines Vororts von Warszawa (Warschau). In dem Auto sitzen der Pole Krzysztof Chojnacki und Jürgen Köhler, Pastor der Kirchengemeinde St. Petri in Neuengamme. Sie suchen Angehörige eines Ladelunder KZ-Opfers namens Luciusz Mazurek. Sie sind enttäuscht, weil sie auf dem zuständigen Meldeamt keine Spur haben finden können, die sie ihrem Ziel näher gebracht hätte; es wurde ihnen gesagt, die Frau von Luciusz Mazurek sei gestorben, und es gebe keine weiteren Angehörigen des Opfers mehr. Die einzige Spur ist der Hinweis auf drei alte Männer, die hier schon vor dem Krieg gelebt haben und vielleicht etwas über das Opfer wissen.

Der Wagen fährt langsam die schnurgerade Straße entlang, am Ende der Straße sehen die Insassen eine Gestalt auf sich zukommen. Als sie schon glauben, an den Häusern der gesuchten Männer vorbeigefahren zu sein, entschließen sie sich, den einzigen Menschen auf der Straße nach diesen Häusern zu fragen. Die alte Frau sagt, sie kenne die Männer und fragt, warum sie sie besuchen wollen. Krzysztof Chojnacki antwortet auf polnisch, es gehe eigentlich nicht um die Männer, sondern um einen KZ-Toten, der in Norddeutschland gestorben ist, sein Name sei Luciusz Mazurek. Da stutzt die Frau und sagt: „Ich bin die Schwiegertochter.“

## Das Lager

1./2. November 1944: Durch das nordfriesische Dorf Ladelund wankte ein Zug von zerlumpten, ausgemergelten, geisterhaften Gestalten, dem notdürftig hergerichteten Reichs-Arbeitsdienst-Lager im Nordwesten des Dorfes entgegen. Der unverhüllte Schrecken des „Dritten Reichs“ zeigte sich der Ladelunder Bevölkerung in ca. 2000 KZ-Häftlingen aus dem Hauptlager Neuengamme bei Hamburg, die einen Panzergraben ausheben sollten zum Schutz vor der befürchteten Invasion der Alliierten in Dänemark. An den kraftlosen, bis zur Willenlosigkeit entmutigten Menschen aus 13 Nationen zehrten die qualvolle Enge des Lagers, der Hunger, durch den korrupten und sadistischen Kommandanten noch ver-

schärft, das feucht-kalte Wetter, sowie die Schwerstarbeit an dem Panzergraben, den sie mit Schaufeln und Spaten ausheben mußten und dabei von Funktionshäftlingen mit Knüppeln vorangetrieben wurden. Am 16. Dezember 1944 wurde das Lager wieder aufgelöst; die Überlebenden nach Neuengamme zurückgeschafft. Es bleiben aus diesen sechs Wochen 300 Menschen auf dem Friedhof der Kirchengemeinde zurück, davon kommen allein 170 Opfer aus den Niederlanden, 35 stammen aus Polen.

#### Die Gedenkstätte:

Durch die unermüdliche Arbeit vor allem der Pastoren Meyer und Richter ist in Ladelund eine würdige Gedenkstätte entstanden. Der erste Teil, der durch eine Gartenanlage erweitert wurde, entstand bald nach dem Krieg an den Massengräbern auf dem Dorffriedhof. 1985 wurde ein Gedenkstein an dem ehemaligen Lagergelände aufgestellt. Die letzte Baracke des Lagers war bereits 1971 abgerissen worden. 1990 ist das Dokumentenhaus, das vis-a-vis von den Gräbern steht, eingeweiht worden. In Ladelund ist der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft seit Kriegsende zum Volkstrauertag und später in der stetigen Gedenkstättenarbeit immer gedacht worden.

#### Die Gruppe:

1990 ist durch den ersten Zivildienstleistenden in der Gedenkstätte, Berhard Christiansen, eine Jugendgruppe gegründet worden, deren Ziel es war, die Gedenkstättenarbeit zu unterstützen und interessierten Menschen eine lebendige Begegnung zu ermöglichen. Mit Oliver Schultz, dem zweiten Zivildienstleistenden, wurde dann die Polenreise vorbereitet wobei Zeitzeugen der Ereignisse in Ladelund gehört und die Berichte dokumentiert wurden. Des weiteren wurde ein Seminar durchgeführt, bei dem Pastor Jürgen Köhler schon von seinen Erlebnissen während der Vorbereitungsfahrt berichtete. Eine dieser Begebenheiten ist in der Einleitung geschildert. Die Gruppe, die nach Polen fuhr, bestand aus sechs Schülern aus dem Raum Flensburg/Nordfriesland und aus Oliver Schultz, Jürgen Köhler, Pastor der Kirchengemeinde Neuengamme sowie Krzysztof Chojnacki, dem polnischen Begleiter und Dolmetscher. Die Fahrt dauerte vom 17. Juni bis zum 2. Juli 1992. Finanziert wurde sie von Teilnehmerbeiträgen, Zuschüssen von Kirchengemeinden, Einzelspenden, sowie einer Zuwendung des Grenzfriedensbundes.

Boleslaw Kawka, Wronki, 18. Juni 1992

Der erste Familienbesuch am 18.6.1992 ist in der Gruppe von Ängsten begleitet,

vor allem von der Angst, wie die polnische Familie auf eine Gruppe junger Deutscher reagieren wird, die Fragen stellt über ein so schmerzliches Thema. Doch erweisen sich alle Befürchtungen (wie auch bei allen weiteren Familienbegegnungen) als unbegründet; der Empfang in Wronki ist sofort herzlich und der Besuch wird zu einem Fest, bei dem viel gegessen und getrunken, aber auch geweint wird. Wir treffen auf Nichten und Neffen des in Ladelund umgekommenen Boleslaw Kawka, auf seine Schwester Frau Wladislawa Kaszkowiak und Herrn Ludwik Biniek, der mit Boleslaw Kawka zusammen bei der Zwangsarbeit in Deutschland war.

Boleslaw Kawka wurde am 19.8.1919 in Nowa Wies geboren. Sein Vater Jakob Kawka hatte vor dem zweiten Weltkrieg in Westfalen in einer Kohlengrube gearbeitet und erhielt dafür, sowie für die Arbeit bei der polnischen Bahn, kleine Renten. Diese wurden beim Ausbruch des Krieges ersatzlos gestrichen. Am 17.6.1940 verließen Boleslaw Kawka und Ludwik Biniek zusammen mit weiteren 15 jungen Polen als Zwangsarbeiter den heimatlichen Ort Wronki. Sie wurden vom Rittergutsbesitzer Alfred von Backe selbst ausgesucht, um auf seinem Weitzgut bei Berlin zu arbeiten. Es herrschte Angst unter den jungen Leuten, denn sie wußten nicht, was ihnen bevorstand.

Doch auf dem Hof in Pessin ging es ihnen relativ gut; sie hatten genug zu essen, genug Bekleidung, mußten nicht unmenschlich viel oder hart arbeiten. Boleslaw Kawka erhielt Pakete mit Nahrungsmitteln von zu Hause und konnte mit deren Inhalt Torten backen, die allen zwangsarbeitenden Polen auf dem Hof zu gute kamen. Seine Eltern hatten eine kleine Wirtschaft, die sie ernährte und die es ihnen auch erlaubte, dem Sohn Lebensmittel zukommen zu lassen. Insgesamt waren 35 Polen auf dem Gut.

Als auf dem Gut von Backes, der als Major im Krieg war, russische Kriegsgefangene zur Arbeit eingesetzt wurden, mußten einige polnische Zwangsarbeiter das Anwesen verlassen. So auch Boleslaw Kawka, der allerdings bei einem anderen Bauern in Pessin bleiben konnte, so daß der Kontakt zu seinem Freund Ludwik Biniek auf dem Gutshof nicht abriß.

Auf der Arbeitsstelle von Boleslaw Kawka verschwand eine Pute, und von zwei Nachbarbauern wurde der Pole beschuldigt, sie gestohlen zu haben. Auf dieses Gerücht hin ist Boleslaw Kawka von einem Gestapo-Wagen abgeholt und in ein Konzentrationslager gebracht worden. Er wird als ein Mensch beschrieben, der kein Tier hätte schlachten können, und da er weiterhin Lebensmittel aus Wronki bekam, bleibt die Diebstahlsbeschuldigung mehr als fragwürdig. Als Boleslaw Kawka in ein KZ kam, war er 24 Jahre alt, kräftig und „gesund wie ein Pferd“, wie Ludwik Biniek berichtet.

Aus den Totenlisten in Ladelund geht hervor, daß Boleslaw Kawka am 14.11.1944 gestorben ist. Er ist 25 Jahre alt geworden.

Auch seine Eltern Jakob und Agnieszka Kawka, sowie sein jüngster Bruder Meczislaw wurden zur Zwangsarbeit eingezogen und kamen nach Küstrin, wo sie bis Kriegsende blieben.

Die Freundin Boleslaw Kawkas, Lucinna Mondrawska, starb nach dem Krieg 21jährig und ledig. Die Kontrolle des Wartepegels war der Beruf ihres Vaters. Als sie an einem Wintertag den Wasserstand ablesen wollte, wurde vor der Brücke, an der sich der Pegel befand, ein Eisstau gesprengt. Sie wurde von einem Eisbrocken am Kopf getroffen und war sofort tot.

Umgeben von Neffen und Großnichten Boleslaw Kawkas ist die Stimmung beim Gespräch kaum beklemmend. Unbeteiligte hätten sich von der Heiterkeit, die manchmal aufkommt, bestimmt über den schicksalsschweren Grund unseres Besuches hinwegtäuschen lassen.

Chelmno, 19. Juni 1992

Ganz anders ist die Stimmung am darauffolgenden Tag, als eine Gedenkstätte besucht wird. Auf der Fahrt nach Warszawa (Warschau) machen wir in Chelmno nad Nera Station, dem früheren Kulmhof am Ner. Dort befand sich kein KZ, auch kein Vernichtungslager im üblichen Sinne, sondern riesige Krematorien, die Ziel der „Einsatzwagen“ waren, in denen hunderttausende von Juden aus dem „Warthegau“ durch Autoabgase ermordet wurden. Wir gehen über die sog. „Felder“, auf die die Krematoriumsasche gestreut wurde. Die heute geschätzte Zahl der Opfer beträgt 800.000 Menschen. Doch was sagt einem diese Zahl, wenn man auf Schritt und Tritt auf Knochensplitter stößt und weiß, sie sind von Menschen?

Luciusz Mazurek, Zielonka, 20. Juni 1992

Von der Begegnung mit der Familie Mazurek im Warszawer Vorort Zielonka erzählte uns Jürgen Köhler schon ausführlich auf dem Vorbereitungsseminar in Ladelund (siehe Einleitung). Nun, am 20.6.1992, begegnen wir den Menschen, die hinter diesen Erzählungen stehen. Kaum ist der Bus abgestellt, kommt unser Mann entgegen; wie wir bald erfahren, ist es Janusz Mazurek, der Sohn des Ladelunder Opfers Luciusz Mazurek. Er begrüßt uns herzlich; er hat uns offensichtlich erwartet. Die Wohnung, in die wir geführt werden, ist klein. Zu

einem anderen Anlaß wäre sie uns wohl gemütlich erschienen, nun erscheint sie drückend. Außer Janusz Mazurek ist auch seine Frau Barbara anwesend, ihre Tochter und ihr Enkel.

Janusz und Barbara Mazurek erzählen, müssen kaum gefragt werden, werden nur von Jürgen Köhler oder Krzysztof Chojnacki unterbrochen, damit diese übersetzen können:

Am 4. September 1944, die Front war nur noch 15 km entfernt, fand in Zielonka eine sog. „Pazifikation“ statt. Dabei wurden alle Einwohner des Ortes aus ihren Häusern getrieben, deportiert und zur Arbeit für das „Deutsche Reich“ gezwungen. Die Deutschen befürchteten wohl, daß die Bevölkerung die Rote Armee unterstützen könnte. In dieser Zeit war Janusz, der 12jährige Sohn von Luciusz und Janina Mazurek krank und lag mit Fieber zu Bett. Der deutsche Soldat, der das Elternhaus in der Ulica Stasica betrat, konnte etwas polnisch und bat um ein kühles Getränk, weil es sehr heiß war. Er bekam natürlich etwas zu trinken, denn Luciusz Mazurek war ein liebevoller Mensch, der sich, wo es ging, für andere Menschen einsetzte.

Im Laufe des Gesprächs bot Luciusz Mazurek dem Soldaten auch eine Zigarre an. Der Soldat sagte, die Familie bräuchte das Haus nicht zu verlassen. Er schrieb ein Dokument an die Tür, das besagte, daß das Haus bereits verlassen sei.

Später aber kamen zwei Bekannte, eine Frau und ein Mann, polnische Nachbarn der Mazureks. Daraufhin entschloß sich die ganze Familie aus Gründen, die nicht mehr zu erhellen sind, sich dem Zug der Deportierten anzuschließen, der schon bewacht aufgebrochen war. Die Bewachung bestand aus deutschen Soldaten mit Gewehren und Hunden.

Die erste Nacht verbrachte die Bevölkerung von Zielonka in der Kirche des Heiligen Florian in Warszawa, noch auf der Ostseite der Wisla. Von dort wurden sie zum Westbahnhof transportiert und dann weiter in das „Durchgangs- und Umsiedlungslager“ nach Pruszkow gebracht.

Als die Menschen den Zug verließen, wurde sofort selektiert, die Frauen und Kinder auf die eine, die Männer auf die andere Seite der Rampe. Da hat Herr Janusz Mazurek seinen Vater Luciusz Mazurek zum letzten Mal gesehen.

Mit seiner Mutter und der übrigen „nichtarbeitsfähigen“ Bevölkerung von Zielonka wurde er dann weitertransportiert nach Sochaczef, wo sie auf polnische Bauernhöfe verteilt wurden. Die Schwester von Janina Mazurek und deren Tochter waren bei einem anderen Bauern untergebracht.

Dort blieben sie bis zum Kriegsende, das war der 20. Januar 1945, die Front war über Warszawa hinweggegangen. Noch im Januar 1945 kehrte die Familie zu Fuß nach Zielonka zurück. Warszawa brannte noch, alle Brücken über die

Wisla waren zerstört, doch der Fluß war zugefroren, sie konnten über das Eis gehen. Janusz und seine Mutter Janina Mazurek hofften, daß Luciusz Mazurek sowie der Hund sie zu Hause an der Pforte zum Garten empfangen würden. Doch keiner der beiden war da, das Haus war in einem furchtbaren Zustand; die Möbel waren weg oder zerstört, die Spuren des Krieges waren unübersehbar. Dies alles hat Janina Mazurek einen so schweren Schlag versetzt, daß sie krank wurde und sich nicht wieder ganz erholen sollte. Janusz Mazurek mußte Schule und Ausbildung allein durchstehen.

1949 kam die erste Nachricht vom nationalen Roten Kreuz über den Verbleib und das Schicksal von Luciusz Mazurek. Er sei zunächst Häftling in Dachau gewesen, auch die Häftlingsnummer wurde angegeben. Er muß dann aber nach Neuengamme gekommen sein, wo er dem Arbeitskommando Ladelund zugeteilt wurde; dort ist er am 10.11.1944 gestorben, er lebte nur neun Tage in Ladelund. Die zweite Nachricht, die die Familie bekam, war ein Brief des Ladelunder Pastors Meyer aus dem Jahr 1950. Aber Janusz Mazurek hat die Hoffnung dennoch nie aufgegeben, daß der Vater zurückkehrt. Erst als Krzysztof Chojnacki und Jürgen Köhler im März 1992 im Laufe der Vorbereitungsreise ihn besuchten, ist ihm klar geworden, daß es keine Hoffnung mehr für die Rückkehr des Vaters gab. Janina Mazurek lebt noch, jedoch in der geschlossenen Abteilung einer psychiatrischen Klinik.

Nach unserem Gespräch, bei dem Janusz und Barbara Mazurek ganz offen mit ihrer Verzweiflung umgehen (was uns ebenfalls stark berührt), werden wir wieder mit einem reichhaltigen Mahl verwöhnt, doch die bedrückende Stimmung des noch unverarbeiteten Verlustes bleibt bestehen.

Nach dem Essen gehen wir zu dem Haus, aus dem die Familie Mazurek dem Deportationszug gefolgt ist. Bei dieser Gelegenheit erfahren wir, daß die Begegnung von Jürgen Köhler und Krzysztof Chojnacki mit Barbara Mazurek, von der in der Einleitung die Rede ist, genau an der Stelle stattgefunden hat, an der sich die Gartenpforte zum Grundstück der Mazureks befand, bevor das Wohnviertel umgestaltet wurde. Von dieser Stelle aus verließ die Familie ihr Zuhause, um so viel Leid entgegenzugehen, an dieser Stelle erwarteten Janusz und Janina Mazurek ihren Vater und Mann, sowie den Hund, und genau an dieser Stelle nun trifft Frau Barbara Mazurek auf die beiden Menschen, die nach ihrem Schwiegervater forschen.

Was uns gestern im Chelmino in der anonymen Gestalt der Zahlen und Knochensplitter entgegentrat, bekommt bei der Familie Mazurek ein Gesicht zurück, eine Individualität. Es wird deutlich, daß die Wunden, die das „Dritte Reich“ geschlagen hat, noch lange nicht verheilt, ja, noch nicht einmal geschlossen sind.

Andrzej Wroniewski, Truskaw, 22. Juni 1992

Zwei Tage nach der bewegenden Begegnung, die wir mit der Familie Mazurek hatten, fahren wir in ein anderes Dorf in der Nähe von Warszawa namens Truskaw. Die Befürchtungen hinsichtlich der Treffen haben sich gewandelt; wir fürchten nicht mehr unfreundlich empfangen zu werden, sondern die Schwere des Schicksals, das geschildert werden soll. Ein wenig aufheitern kann uns der Name unseres Ziels: „truskawka“ ist das polnische Wort für Erdbeere.

Doch auch bei dieser Begegnung sind alle Ängste bald zerstreut. Uns erwartet eine muntere Schar von Nichten, Neffen, Großnichten und Großneffen des Ladelunder KZ-Opfers Andrzej Wroniewski. Eine so direkte und unmittelbare Betroffenheit wie in Zielonka bei der Familie Mazurek ist nicht zu spüren; wir atmen auf.

Andrzej Wroniewski war Waldarbeiter, da sein Heimatdorf Truskaw von großen Wäldern umgeben ist. Er wird als kräftig gebaut, großgewachsen mit dunkler Haut und dunklen Haaren beschrieben. Er soll von starker Akne Narben auf den Wangen gehabt haben.

Andrzej Wroniewski war zweimal verheiratet. Seine erste Frau hieß Sofia, geb. Tulik. Sie starb bei der Geburt des ersten Sohnes ca. 1935, das Kind überlebte die Geburt auch nicht. 1938 heiratete er dann Helena Skibinska, die wir nicht mehr kennenlernen konnten; sie starb im Herbst 1991. Die zweite Ehe blieb kinderlos. Die Wälder in der Umgebung von Truskaw waren zur Zeit der deutschen Okkupation als „Partisanengegend“ bekannt, sie dienten der Armia Krajowa, der Polnischen Landesarmee, als Unterschlupf. Schon das war immer wieder Begründung für „Pazifikationen“ oder andere Aktionen gegen die Zivilbevölkerung. Als Kindheitserinnerung wird berichtet, daß in der Gegend von Truskaw von „Volksdeutschen“ Nationalsozialisten aus der Ukraine viel geschossen wurde. Diese waren schlimmer als die anderen deutschen Soldaten und wurden bevorzugt als Wachpersonal für Konzentrationslager eingesetzt. Wenn geschossen wurde, gab es nur eine Möglichkeit, dem Kugelhagel zu entkommen, nämlich in den Wald zu flüchten, denn in den Wald trauten sich die Nazis wegen der Partisanen nicht hinein. Die Kinder konnten in einer solchen Situation in einem Graben auf allen Vieren in den schützenden Wald gelangen. Während des Warschauer Aufstands vom 1. August bis zum 2./3. Oktober 1944 kamen auch Lebensmittel aus dem Raum um Truskaw nach Warszawa. Zu dieser Zeit wurden alle Männer der Gegend verhaftet und deportiert, darunter auch Andrzej Wroniewski. Gegen Ende des Aufstands geriet sein Bruder Jan Wroniewski als Angehöriger der polnischen Armee in Kriegsgefangenschaft und wurde auf Sylt interniert. Er muß schon dort gewesen sein, als Andrzej nur ca. 40 km entfernt in Ladelund starb.

In der Umgebung von Truskaw wurde das Prinzip der „verbrannten Erde“ angewandt; fast alle Häuser waren zerstört. Als Jan Wroniewski schon in Deutschland war, mußten seine Frau und Kinder viel „organisieren“, d. h. für den Lebensunterhalt Nahrungsmittel entwenden, zum Beispiel Kartoffeln ausgraben. Sie hatten auch noch ihre Kuh, und mit etwas Korn, auf einer Handmühle gemahlen, konnte zum Beispiel Suppe gekocht werden. Nach dem Krieg erfuhr die Familie von Zurückkehrenden nur, daß einer der Wroniewskis gestorben sei, nämlich der, dessen Haus auf dem Abbau (d.h. 500-600 m vorn Dorf entfernt) stand. Doch Jan, dem das Haus gehörte, kehrte im Herbst 1945 zurück, so blieb nur die Möglichkeit, daß Andrzej gestorben war.

Über den Tod Andrzej Wroniewski bekam die Familie nie eine offizielle Mitteilung, der Brief Pastor Meyers muß verloren gegangen sein.

Helena Wroniewska lebte seit dem Krieg auf dem kleinen Hof, von dem ihr Mann weggeführt worden ist. Erst kurz vor ihrem Tod zog sie zu ihrem Bruder.

Wie überall bei unseren Besuchen gibt es reichlich zu essen und zu trinken. Nach dem Gespräch über Andrzej Wroniewski, das fast nebenher läuft, weil die Kinder Aufmerksamkeit fordern, spielen wir draußen in der warmen Sonne mit den Kindern und den Haustieren. Der Abschied fällt uns schwer, weil wir hier spüren, daß uns die Last der deutsch-polnischen Vergangenheit leichter wird.

Palmiry, 22. Juni 1992

Auf dem Rückweg von Truskaw fahren wir durch den ehemaligen „Partisanenwald“ und treffen auf eine Gedenkstätte. Der Ort ist paradiesisch friedlich, doch reiht sich Kreuz an Kreuz, um an den Ort zu erinnern, an dem unzählige Häftlinge des Pawiak-Gefängnisses in Warszawa erschossen wurden. Dieser Kontrast der Grabesstille und der Schönheit der Natur zeigt sich in vielen Gedenkstätten in Polen. Es scheint, daß die Natur das Geschehene vergessen machen will, es „wächst Gras darüber“. Bei unserem Besuch an diesem Ort taucht ein Gefühl auf, das zum einen verdeutlicht, daß das Beispiel der Natur gut ist, auf der anderen Seite bedeutet, daß wir Menschen (gerade wir Deutschen) diese Gedenkstätten in uns vom überwachsenden Gras freihalten müssen, um selber frei zu bleiben.

Wladislaw Wiszniewski, Mielec, 24. Juni 1992

Am 23.6. kommen wir in Mielec an, werden von Frau Urszula Wiszniewska und ihrem Enkel Pjotr in Empfang genommen. Sie ist die Tochter von Wladislaw Wiszniewski, der am 17.1.1944 in Ladelund gestorben ist. Frau Urszula Wisz-

niewska, macht sich sofort mit allen Mitgliedern der Gruppe auf englisch verständlich. Sie ist das sprühende Leben in Person, und uns stellt es sich so dar, daß sie die Erfüllung eines jeden Wunsches, kaum daß er empfunden ist, organisiert. So verleben wir eine kurze, herrlich umsorgte Zeit, doch auch Frau Wiszniewska wird über ihren Vater erzählen. Bei unserem Gespräch am 24.6. erleben wir, daß sie bei der Beschreibung ihrer Eltern und der Okkupationszeit in sich zusammensinkt und immer trauriger und kraftloser wird. Doch wenn es wieder darum geht, für unser Wohlbefinden zu sorgen, so ist sie plötzlich wieder voller Energie und leben, auch wenn sie sich noch schnell eine Träne abwischt. Genauso plötzlich fällt sie wieder in die traurige Stimmung zurück. Sie zeigt uns Fotografien von ihrer Familie vor dem Zweiten Weltkrieg und so, als zöge sie an einer Rettungsleine, zeigt sie immer wieder, erläutert sie auf Englisch, wenn die Stimmung allzu drückend wird.

1935 heirateten Wladislaw Wiszniewski und Maria Wiszniewska. Er hatte eine gutbezahlte Stellung in einem Industriebetrieb, die Familie war wohlhabend. Sie lebten in Warszawa auf der östlichen Wislaseite. 1936 wurde Urszula, die älteste von vier Kindern geboren, die anderen wuden Ella, Riszart und Alexandra genannt.

Frau Wladislaw Wiszniewska fallen kleine Episoden aus ihrer Kindheit ein, wie / . IT, daß Wladislaw Wiszniewski ein Geldstück in die Waschschüssel legte, wenn die Kinder sich nicht waschen wollten; das Geldstück sollte nach dem Waschen ihnen gehören. Er hat seine Kinder oft und gerne getragen. Urszula Wiszniewska war sechs Jahre alt, als ihr Vater plötzlich verschwand; er ist vermutlich in Warszawa auf der Straße aufgegriffen und verschleppt worden.

In der Zeit des Warschauer Aufstandes waren die Kinder plötzlich ganz alleine, die Mutter wurde auch auf der Straße verhaftet. Die Kinder kamen in ein Heim lies Schweizer Roten Kreuzes. Dort bekamen sie auch den ersten Schulunterricht durch eine Schwester namens Christina. Später haben Maria Wiszniewka und die Schwester von Wladislaw Wiszniewki die Kinder wieder gefunden und zu sich genommen. Maria Wiszniewska hat weder über ihren Mann sprechen können, noch über die Umstände ihrer eigenen Verhaftung und über ihre weiteren Erlebnisse. Sie starb 1989.

Wladislaw Wiszniewski ist nach seiner Verhaftung 1942 nach Auschwitz verschleppt worden, er muß also zu den ersten Häftlingen im Stammlager gehört haben. Von dort kam er über das „Durchgangs- und Umsiedlungslager“ Pruszkow nach Dachau und später nach Neuengamme. Es wird uns berichtet, daß Wladislaw Wiszniewski aus den Lagern viele Briefe geschrieben hat; im letzten Brieffragment soll er angedeutet haben, daß er zu einem Arbeitskommando eingeteilt wurde, womit wohl Ladelund gemeint ist. Es geht nicht klar aus dem

Brief hervor, weil er sehr stark zensiert wurde.

Elf Jahre lang erfuhr die Familie nichts über den Verbleib von Wladislaw Wiszniewski, das einzige war die Nachricht von Pastor Meyer 1950. Erst 1969 kam die offizielle Todesbotschaft.

Durch die Suchmeldung, die in der Zentrale des Roten Kreuzes in Warszawa aufgegeben wurde, ist die Adresse von Maria Wiszniewska nach Ladelund gelangt. Pastor Richter hat Frau Wiszniewska daraufhin zum Totensonntag 1969 eingeladen. Diesem Brief legte er Fotos der Kirche und der Gräber bei, sowie, dem Brauch Pastor Meyers folgend, eine getrocknete Blume vom Friedhof. Frau Wiszniewska ist der Einladung nicht gefolgt.

Im Januar 1977 kam durch die Vermittlung eines deutschen Geschäftsmannes eine weitere Einladung zum Volkstrauertag aus Ladelund mit der Todesurkunde von Wladislaw Wiszniewski. Im November 1977 ist dann Frau Urszula Wiszniewska in Ladelund als Vertreterin der Angehörigen der polnischen Opfer gewesen. Es waren unter anderem auch Delegationen aus den Niederlanden, der Tschechoslowakei und aus Italien anwesend.

Immer wieder während der Erzählung zeigt sie uns die Fotos ihrer Familie und die, die aus Ladelund gekommen sind. Frau Urszula Wiszniewska zeigt uns, wie sie mit diesem Kapitel ihrer Kindheit umgeht, ohne Verbitterung oder gar Haß zu entwickeln (welches zwei Gefühle sind, die wir während der ganzen Fahrt nicht ein einziges Mal zu spüren bekamen). Ganz offen zeigt sie ihre Trauer, hält keine Tränen zurück; genauso offen zeigt sie ihre Freude über das Interesse deutscher Jugendlicher an der Geschichte ihres Vaters und ihrer Familie.

Auschwitz/Oswiecim, 26. Juni 1992

Eine detaillierte Beschreibung unserer Gedanken und Empfindungen während des Aufenthalts in der Gedenkstätte Auschwitz ist im gleichen Maße unmöglich wie unsinnig. Doch gab es eine Begegnung, die beschrieben werden soll: An unserem ersten Abend in Oswiecim, nach dem ersten Kontakt mit dem Lager und nach dem Film über die Befreiung von Auschwitz, sitzen wir bis tief in die Nacht beisammen, versuchen irgendwie mit dem übergroßen, erdrückenden Komplex Auschwitz fertig zu werden. Nachdem wir das Thema Auschwitz etwas beiseite legen können, kommt ein junger Mann auf uns zu und sucht das Gespräch. Obwohl wir ihn zuerst kaum verstehen, ist er Deutscher, Thomas aus Chemnitz. Er hat, so sagt er, mit einem Freund alle großen KZ-Gedenkstätten bereist, auf der Suche nach der ganzen Wahrheit. Jürgen Köhler ist der erste, der bemerkt, was er damit sagen will; als Bürger der ehemaligen DDR hat Thomas wohl das Gefühl, nicht alles über die nationalsozialistischen Konzentra-

tionslager erfahren zu haben. Als er zu verstehen gibt, die ganze Wahrheit in der vollständigen Kenntnis des vorhandenen Filmmaterials zu sehen und daher von dem Film hier in Auschwitz enttäuscht zu sein, da er die Aufnahmen schon kenne, wird deutlich, daß er auf einem falschen Weg nach der „ganzen Wahrheit“ sucht. Uns wird klar, daß es die vollständige Wahrheit über die Zeit zwischen 1933 und 1945 nicht gibt. Das wird erlebbar, wenn man sich die Schicksale einzelner Opfer betrachtet, wie unendlich verwoben sie mit anderen Schicksalen sind, auch wenn sich die Menschen selbst nicht kannten; wie schwer jedes dieser Schicksale ist, auch in Verbindung mit den Menschen in der Umgebung des eigentlichen Opfers, so zum Beispiel Janina Mazurek.

Dieser individuellen Erfahrung steht die nicht nachvollziehbare Zahl der Opfer gegenüber.

Tadeusz Kosatka, Sierac, 29. Juni 1992

Es ist der 29.6.1992, und es zieht uns schon vor der Familienbegegnung hinaus aus dem Hotel. Der Spaziergang durch die Nachmittagsglut und die nicht von Zäunen zerschnittene Weite der Landschaft läßt uns etwas von der Andersartigkeit Polens im Vergleich zu Deutschland ahnen.

Der Hof der Familie Kosatka ist so klein, daß wir das Gastessen, das Gespräch, das Beisammensein auf Decken unter einem Apfel- und einem Birnbaum verbringen. Die direkt vor uns vorbeiführende Straße ist mehr von Pferdefuhrwerken und von Fahrrädern als von Autos befahren; die Kutscher grüßen unsere Gastgeber. Einzige permanente Geräuschquelle ist der quirlige Hund Puszek, der nicht Ruhe gibt, bis man ihm den Stock wirft.

Es berichten zwei alte Frauen, Maria Pjontek und Jadwiga Macuga, über ihren Bruder Tadeusz Kosatka:

Die Eltern Stanislaw und Majanna Kosatka hatten 12 Kinder, sechs Söhne und sechs Töchter. Frau Macuga war acht Jahre alt, als im Heimatdorf Sterna, Kreis Sierac, eine „Pazifikation“ durchgeführt wurde. Sie wurde zusammen mit ihren Eltern, zwei Schwestern und zwei Brüdern nach Deutschland verschleppt. Frau Pjontek, die ein Jahr ältere Schwester, war zu dieser Zeit zu Besuch bei ihrem ältesten Bruder Antonin, der verheiratet in Pabianice, ca. 12 km von Sterna entfernt wohnte. Dort blieb sie, bis die Familie nach dem Krieg zurückkehrte. Stanislaw und Majanna Kosatka kamen mit ihren Kindern Edward, Jadwiga, Sofia und Konstany nach Winkelstedt bei Salzwedel. Tadeusz kam auf einen Bauernhof, der fünf Kilometer von seinen Eltern entfernt in Schadewohl lag.

Der Bauer Gustav Siebert, auf dessen Gut die Familie Kosatka Zwangsarbeiten mußte, war gelähmt, deshalb lastete die ganze Arbeit auf seiner jungen Frau und den Zwangsarbeitern. Deshalb arbeitete Stanislaw Kosatka meist mit den Pferden auf dem Feld. Außer den Polen waren noch Ukrainer und Franzosen als Zwangsarbeiter auf dem Hof.

Die Zwangsarbeiter sind gut behandelt worden. Jadwiga Macuga hat in ihrem damaligen Alter nicht viel arbeiten müssen; sie mußte das Haus putzen, ihr wurde so viel Vertrauen entgegengebracht, daß sie alle Schlüssel hatte. Es gab immer genug zu essen, und die Bauersfamilie war nicht nationalsozialistisch. Wenn der Sohn Heinz von der Front auf Urlaub kam, sagte er immer (plötzlich hört der Fluß der Erzählung auf, und es folgt ein deutscher Satz, mitten in der rein polnisch-sprachigen Schilderung:) „Hedwig, mach viel Essen für alle polnischen Arbeiter!“ Daraufhin kochte Jadwiga eine Brühe mit Makkaroni, so wie sie in Polen häufig gegessen wurde.

Eines Tages kam Tadeusz zu Besuch auf den Hof von Gustav Siebert. Es waren schon Geschütze und Frontlärm zu hören und Tadeusz sagte: „Es dauert nicht mehr lange, dann sind wir wieder zu Hause.“ Diese Bemerkung war jedoch nicht der Grund für seine Inhaftierung.

Auf dem Hof, auf dem Tadeusz arbeiten mußte, brachte er dem kleinen Bauerssohn ein paar Wörter Polnisch bei. Das Kind fragte auch nach Schimpfwörtern, und Tadeusz sagte sie ihm auf polnisch. Als das Kind dann einmal etwas angestellt hatte, beschimpfte Tadeusz Kosatka es auf polnisch. Das Kind verstand den Satz und ging damit zu seiner Mutter, denn der Vater war im Krieg. Die Mutter des Jungen hat Tadeusz Kosatka angezeigt, weil er ihrem Sohn solche Wörter beigebracht hatte. Einige andere polnische Zwangsarbeiter aus dem Dorf kamen zur Familie Kosatka und berichteten, Tadeusz werde bald von einem Zug in ein KZ gebracht werden. Majanna Kosatka fuhr zum Bahnhof und hat im Zug ihren Sohn Tadeusz zum letzten Mal gesehen.

Schon in Winkelstedt hat Majanna Kosatka vom Tode ihres Sohnes erfahren. Ein Wachtmeister kam und sagte: (plötzlich wieder die Unterbrechung im Redefluß der polnischen Sprache; ein deutscher Satz schlägt uns entgegen:) „Mutter, dein Sohn ist tot.“

Tadeusz Kosatka starb in Ladelund 18jährig.

Wir können uns kaum von diesen Menschen losreißen, und die Landschaft und das Wetter laden zum Übernachten ein. So erfragen wir im Hotel die Erlaubnis, das Bettzeug für eine Nacht zu entführen, und wir schlafen auf dem Hof, von dem vor ca. 50 Jahren die Familie Kosatka deportiert wurde, unter freiem Himmel. Während uns die Begegnung mit dem Schicksal der Familie Mazurek am schwersten belastete, war diese Nacht auf dem Hof der Familie Kosatka für uns

das versöhnlichste Erlebnis. Wir fühlen uns geborgen und verstehen langsam die polnische Art, mit der Vergangenheit zu leben. Um so bedauerlicher ist es, daß die Fotomaterialien von dieser Begegnung bei der Entwicklung vom Labor versehentlich zerstört wurden.

Familie Jakubowski, Kalisz, 1. Juli 1992

Die Fahrt geht dem Ende entgegen, und die letzte Familienbegegnung findet am 1.7.1992 in Kalisz statt. Frau Marianna Hepner und Herr Jozef Jakubowski sind zwei von vier lebenden Geschwistern. Eine Schwester und zwei Brüder wurden Opfer der deutschen Gewaltherrschaft, darunter auch Stephan Jakubowski, der in Neuengamme gestorben ist. In Ladelund selbst ist kein Angehöriger der Familie Jakubowski umgekommen, doch ist Pastor Jürgen Köhler in Neuengamme Gemeindepastor und Ladelund ein Außenlager vom Hauptlager Neuengamme gewesen. Frau Marianna Hepner spricht fließend Deutsch, was sie auf der Zwangsarbeit gelernt hat.

Stephan Jakubowski war der älteste von sieben Geschwistern. In der Reihenfolge ihrer Geburt waren es nach ihm: Jozef, Weronika, Stanislaw, Marianna, Jadwiga und Jan. Das Verhältnis zwischen den Geschwistern war natürlich nicht immer gut, doch wenn sie den strengen Vater auf der Treppe hörten, wurden alle Streitigkeiten schnell begraben. Die Mutter Josephine Jakubowska war im Gegensatz zum Vater eher mild. Vor dem Krieg hatten die älteren Geschwister das Haus bereits verlassen.

Der Vater Szczepan Jakubowski hat vor dem Krieg als polnischer Staatsbeamter gearbeitet, die Mutter hat nicht arbeiten müssen. Die Lebensumstände waren gut, und sie waren zufrieden; wenn man vor dem Krieg in Polen Arbeit hatte, war einem fast alles möglich.

Stanislaw Jakubowski war sehr belesen und nachdenklich. Er hatte französisch gelernt und wollte studieren. Aber gleich nach dem Abitur ist er verhaftet worden. Heimlich hörte er polnische Radiosender mit selbstgebauten Radios. Dabei bekam er einen Aufruf an junge Polen mit, über Rumänien nach Frankreich zu gehen und sich dort der „Polnischen Freiheitsarmee“ anzuschließen. Auf dem Weg dorthin ist er verhaftet worden. Im Winter 1940 erhielt die Familie noch einen Brief, den Stanislaw aus einem rumänischen Gefängnis geschrieben hat. Er kam nach Oranienburg. Jozef Jakubowski schickte seinem Bruder dorthin einen Gutschein im Wert von 10 Mark. Der Wertschein kam zurück mit dem Vermerk, daß Stanislaw Jakubowski am 13.3.1941 gestorben sei. Später erhielt die Familie noch einen Brief von Stanislaw, den er noch am 12.3. geschrieben hatte.

Der älteste Bruder Stephan Jakubowski war Soldat im Zweiten Weltkrieg. Als

die Wehrmacht Polen besiegt hatte, kam er nach Hause; er hatte sein Gewehr schon abgegeben. Im Winter 1940 wurde er dann verhaftet, weil er sein Land gegen die Aggressoren verteidigt hatte. Er wurde nach Neuengamme verschleppt; dort ist er am 13.5.1941 gestorben.

Im Mai 1940, Vater Szczepan Jakubowski war schon tot, wurden alle Geschwister mit der Mutter mit Waffengewalt gezwungen, die Wohnung zu verlassen, es sollten Deutsche einziehen. Mit dem ganzen Straßenzug ist wohl so verfahren worden. Die Mutter kam mit den beiden jüngsten Kindern, Jan und Jadwiga, in das „Generalgouvernement“ zur Zwangsarbeit bei einem polnischen Bauern im Raum Lublin/Samosc. Die anderen Kinder mußten zur Zwangsarbeit ins „Reich“. Später mußten Josephine Jakubowski und Jan mit dem Bauern zusammen zur Zwangsarbeit nach Österreich; auf die ursprüngliche Landwirtschaft kamen Volksdeutsche aus der Wolgagegend. Jadwiga kam in das Kinder-Konzentrationslager bei Lodz, sie konnte nicht bei der Mutter bleiben, weil sie schon zu groß war. Dieses KZ ist 1945 mit den Kindern darin in Brand gesetzt worden, um Spuren der Naziherrschaft vor der Roten Armee zu verbergen. Dort verbrannte auch Jadwiga Jakubowka bei lebendigem Leibe.

Marianna, ihr Bruder Jozef und ihre Schwester Weronika kamen nach Deutschland. Marianna war gerade 17 Jahre alt und mußte auf einem Bauernhof bei Jever in Friesland arbeiten, Jozef in Klein Scharei in Oldenburg Land. Er war Elektriker und mußte so die fünf Jahre der Zwangsarbeit in einem Kraftwerk arbeiten. Als Facharbeiter war er vor dem immer drohenden KZ relativ sicher. Weronika arbeitete in Schönfeld bei Dahlberg in Mecklenburg. Von dort aus hat sie am 18.03.1942 an das Standesamt in Hamburg-Neuengamme geschrieben:

„Die mir übersandte Sterbeurkunde sende ich wegen Unvollständigkeit wieder zurück. Mein Bruder hieß Stephan Jakubowski, geboren am 18.7.1911, und ist am 13.5.1941 gestorben und in Hamburg-Ohlsdorf feuerbestattet. Die Einsendung von RM 0,72 war durch die Post übersendet. Jedenfalls bitte ich unter Beifügung von RM 0,72 in Briefmarken eine Sterbeurkunde über meinen obengenannten Bruder übersenden zu wollen.

Heil Hitler!“

Die berichtigte Sterbeurkunde kam am 21.3.1942.

Es gab auch einen Briefwechsel zwischen den Geschwistern auf der Zwangsarbeit und in den Konzentrationslagern. Dieser Kontakt konnte nur durch einen Onkel in Lodz hergestellt werden, der die Aufenthaltsorte der Familienmitglieder kannte und den sie alle anschreiben konnten.

1942 machte sich Marianna Jakubowska auf und fuhr von Jever quer durch Deutschland und halb Polen nach Lodz um, getrieben vom Heimweh, ihren Onkel zu besuchen. Daß sie nicht als flüchtige Zwangsarbeiterin entdeckt wurde

und in ein KZ kam, läßt sich wohl auf ihre guten deutschen Sprachkenntnisse und auf die Tatsache zurückführen, daß sie ein Mädchen ist. Doch in Polen konnte sie nicht leben, da sie keine Lebensmittelkarten bekam. Sie schrieb an ihre Schwester Weronika mit der Bitte, ihr eine Arbeitsanforderung zu beschaffen. Mit dieser kam Marianna Jakubowska nach Schwerin, wo sie die letzten 2 1/2 Jahre unter besseren Umständen in der Konditorei Goldenbaum in der Arsenalstraße Nr. 16 arbeitete. Der Besitzer hieß Fritz Hartmann. Er kam später in ein KZ, und auch er starb dort; man sagte, er sei homosexuell gewesen.

1988 hat Marianna Hepner den Hof bei Jever besucht, auf dem sie die ersten 2 1/2 Jahre ihrer Zwangsarbeit verrichten mußte. Der damalige Bauer und seine Frau lebten nicht mehr, doch die drei Kinder konnten sich noch an Marianna erinnern, und es entstand eine gute Beziehung zwischen ihnen.

Unser Gespräch in der hellen Altbauwohnung ist ruhig, die Dokumente werden vertrauensvoll herübergereicht. Das ganze Gespräch verläuft auf deutsch, so ist auf der einen Seite die Distanz zu den erzählenden Menschen nicht so groß, auf der anderen Seite ist die persönliche Betroffenheit geringer, wenn man einem fast neutral vorgetragenen Bericht zuhört. Von den vielen Eindrücken dieser Fahrt sind wir auch erschöpft und möchten nicht mehr so viel an uns heranlassen, was uns belastet und beschwert.

Ein Fazit: Leben auf einem Friedhof

Jürgen Köhler sagte auf dem Vorbereitungsseminar, das wir vor der Fahrt in Ladelund veranstalteten, zwei wichtige Sätze, die wir in Polen, im Land und bei den Leuten bestätigt fanden:

„Das ganze Land ist ein Friedhof.

Doch die Menschen wollen leben.“

Nicht ein Tag auf der Fahrt verging, ohne daß wir auf Mordtaten und Berichte über Greuel aus der Zeit zwischen 1939 und 1945 stießen. In den Gedenkstätten wie Chelмно wurden diese Sätze genauso bestätigt, wie in den friedlich scheinenden Winkeln des Landes, wie Sterna, von wo die Familie Kosatka deportiert wurde. Doch scheint gerade durch diesen Umstand der Lebenswille und die Lebensfreude der Bevölkerung nur um so größer zu sein; sie haben nicht die Möglichkeit, die Augen vor den erdrückenden geschichtlichen Tatsachen zu verschließen. Es erscheint uns nicht mehr taktlos, wenn Polen sich laut in einer Gedenkstätte unterhalten, gar lachen. Mit diesem Beispiel vor Augen bekommt der abgenutzte Begriff der „Vergangenheitsbewältigung“ einen konkreteren Inhalt. Forderungen, dieses Kapitel der deutsch-europäischen Geschichte endlich abzuschließen, zu „vergessen“, können nur von Menschen kommen, die

noch nie mit Opfern des NS-Terrors in Kontakt kamen, oder die dabei alle Sinnesorgane verschlossen hatten. Denn Menschen, die in Konzentrationslagern waren oder Angehörige dort verloren, *können* nicht vergessen; und wie lebendig die „Geschichte“ in solchen Menschen noch heute ist, durften wie in Polen erleben.

Doch ist es uns, als Jugendlichen der 90er Jahre, nicht möglich, die Leiden der Polen, deren Schicksale wir verfolgten, auch nur annähernd nachzuempfinden. In diesem emotionalen Sinne ist dieses Geschichtskapitel nicht zu erschließen. Wäre ein direktes Nachempfinden möglich, bliebe auch uns das sog. „KZ-Syndrom“ nicht erspart, womit Psychologen die Folgeschäden der KZ-Haft beschreiben. Dazu gehören der Verlust des Kurzzeitgedächtnisses, das Nichtvergessenkönnen der Erlebnisse in der Lagerzeit sowie auch das Phänomen der frühzeitigen körperlichen Alterung. In diesem Sinne ist es gut, daß die schrecklichen Ereignisse des nationalsozialistischen Wahns „nur“ teilweise intellektuell erfaßbar sind.

Nachtrag: Janina Mazurek

Pastor Jürgen Köhler organisierte im Oktober 1992 eine Angehörigenfahrt, auf der die von uns besuchten Familien Neuengamme und Ladelund bereisten. An dem Besuchstag in Ladelund haben Barbara und Janusz Mazurek eine Urne mit Erde vom Grab Nr. 3 gefüllt, dem Massengrab, in dem auch Luciusz Mazurek liegen soll. Mit dieser Urne haben sie, wieder zurück in Zielonka, einen Trauergottesdienst und ein symbolisches Begräbnis begangen. Zu diesem Anlaß luden sie die Verwandtschaft aus ganz Polen ein und holten Janina Mazurek aus der psychiatrischen Anstalt. Den ganzen Tag war sie, von ihrem dumpfen Bewußtseinszustand erlöst, geistig vollkommen klar, und als sie abends wieder zurückgebracht wurde, sagte sie:

„Endlich, Luciusz ist wieder zu Hause.“

# Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der Willkürjustiz in Schleswig-Holstein 1933 bis 1945

von NORBERT WÜSTEFELD

## I. Bericht

Am 2. April 1993 wurde das vor dem Gebäude des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts errichtete Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der Willkürjustiz in Schleswig-Holstein in der Zeit von 1933 bis 1945 der Öffentlichkeit übergeben. Zu diesem Anlaß sprachen der Justizminister des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Klaus Klingner und die Direktorin des Landesfunkhauses Niedersachsen des NDR, Lea Rosh. Die Reden sind nachstehend wiedergegeben. Die in Bronze gegossene, etwa 2,50 m hohe Skulptur ist das Bildnis eines Justizopfers, eines durch Erhängen hingerichteten Menschen. Die Figur trägt keine individuellen Züge und steht damit allgemein für das Schicksal vieler Menschen, deren Leben unter der NS-Gewaltherrschaft, der die damalige Justiz weitgehend willfährig diente, zerstört wurde.

Das Mahnmal soll die Erinnerung an die Opfer wachrufen und bewahren. Es soll auch und besonders die heutige Juristengeneration an die Rolle von Richtern und Staatsanwälten im NS-Unrechtsstaat erinnern und damit zugleich alle Betrachter mahnen, aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit Lehren zu ziehen. Geschehenes Unrecht kann nicht ungeschehen gemacht werden. Nur wer jedoch bereit ist, die historischen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und sich ihnen zu stellen, ist auch in der Lage, aus der Geschichte die notwendigen Lehren für die Gegenwart zu ziehen. „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird anfällig für neue Ansteckungsgefahren“ (Bundespräsident von Weizsäcker 1985). Mit der zentralen Aufstellung des Mahnmals auf dem freien Rasenplatz vor dem Haupteingang des Oberlandesgerichtsgebäudes wird dokumentiert, daß die schleswig-holsteinische Justiz sich ihrer Vergangenheit stellt und die Nachfolgerinnen und Nachfolger der Richter und Staatsanwälte

---

\* Dieser Bericht von Norbert Wüstefeld, Richter am Schleswiger Oberlandesgericht, sowie die Reden von Justizminister Klaus Klingner und der Journalistin Lea Rosh bei der öffentlichen Übergabe des Denkmals erschienen zuerst in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen. Justizministerialblatt für Schleswig-Holstein, T. A. Nr. 6 v. Juni 1993, S. 129-133.

von damals sich der besonderen Verantwortung bewußt sind, daß nie wieder im Namen des Rechts Unmenschlichkeit und Unrecht geschehen darf, die Repräsentanten der rechtsprechenden Gewalt vielmehr zu den Garanten des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats gehören müssen.

Der Gedanke, ein Mahnmal für die Opfer der NS-Justiz in Schleswig-Holstein zu errichten, geht zurück auf eine Anregung des Generalstaatsanwalts Professor Dr. Heribert Ostendorf, die der damalige Präsident des Oberlandesgerichts Dr. Gerold Köhler und der Vizepräsident Volker Lindemann aufgegriffen haben. Gemeinsam wurde im Herbst 1990 zu einer Arbeitsgruppe aufgerufen, die sich seitdem mit der Vergangenheit der schleswig-holsteinischen Justiz im Nationalsozialismus und der Errichtung eines Mahnmals für deren Opfer befaßt hat. Die Gruppe besteht im Kern aus etwa 15 dauerhaft aktiven Richterinnen, Richtern und Staatsanwälten, zu denen der Generalstaatsanwalt und seit Anfang 1993 auch der seitdem im Amt befindliche neue Präsident des Oberlandesgerichts, Dietrich Mett, zählt. Fachlich beraten und aktiv unterstützt wird die Gruppe von dem Hamburger Historiker Klaus Bästlein, dessen Forschungsschwerpunkt die Justiz im Nationalsozialismus ist, sowie von Mitarbeitern des Landesarchivs und des Landesmuseums.

Nach intensiver Diskussion über die Fragen, ob und ggf. in welcher Weise sowie an welchem Ort der Opfer der NS-Justiz gedacht werden sollte, hat sich die Gruppe für die Errichtung eines Mahnmals vor dem Gebäude des Oberlandesgerichts als dem Sitz des höchsten Landesgerichtes für die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit sowie die freiwillige Gerichtsbarkeit entschieden, auch wenn in diesem Gebäude während der NS-Zeit keine Justizbehörde tätig war. Das Oberlandesgericht wurde erst 1948 von Kiel nach Schleswig verlegt. Das Sondergericht Kiel (1937 bis 1945), Inbegriff nationalsozialistischer Willkürjustiz, hatte seinen Sitz im Gebäude des damaligen Oberlandesgerichts in Kiel, des jetzigen Justizministeriums. In Zusammenarbeit mit den Künstlern, die an dem begrenzten Wettbewerb für einen Mahnmalentwurf teilgenommen haben, sowie den Mitgliedern der Jury wurde im Oktober 1991 als Standort die freie Rasenfläche vor dem Haupteingang des Oberlandesgerichtsgebäudes festgelegt.

Nachdem sich die Jury für den Entwurf „Der Gehenkte“ von Professor Waldemar Otto entschieden hatte, geriet dieser Standort Ende 1992 erneut in die Diskussion, weil eine große Mehrheit der richterlichen und nichtrichterlichen Mitglieder des Oberlandesgerichts sich - aus den unterschiedlichsten Motiven - für ein Überdenken des zentralen Aufstellungsortes ausgesprochen hatte. Viele Kolleginnen und Kollegen empfanden die Plastik in einer derartig zentralen Aufstellung nicht nur persönlich, sondern auch aus der Sicht der Rechtsuchenden als zu bedrückend und nur schwer erträglich und sahen zudem auch die Gefahr von

Mißdeutungen durch das rechtsuchende Publikum. Die Anwaltschaft des hiesigen Oberlandesgerichts unterstützte zum Teil diese Bedenken. In der daraufhin vom örtlichen Richterrat und vom Präsidenten des Oberlandesgerichts einberufenen gemeinsamen öffentlichen Sitzung von Jury und Mahnmalgruppe am 25. Februar 1993, an der auch der ausführende Künstler Professor Otto teilnahm, wurde aus ästhetischen und architektonischen Gründen, insbesondere aber auch im Hinblick auf den Zweck des Mahnmals der bisherige Standort mit großer Mehrheit bestätigt. Die nunmehr errichtete Bronze-Plastik ist geschaffen worden von Professor Waldemar Otto aus Worpsswede. Der Künstler wurde am 30. März 1929 als fünftes von sechs Kindern einer lutherischen Pastorenfamilie geboren und wuchs in Petrikau auf, einer mittelalterlichen Stadt bei Lodz in Polen. Schon als Schüler wurde er Zeuge der Mißhandlungen von Polen und Juden durch die SS. In unmittelbarer Nähe seiner Heimatstadt befand sich ein KZ. 1945 flüchtete die Familie nach Halle an der Saale. 1948 begann Professor Otto das Studium der Bildhauerei an der Hochschule für bildende Künste in Berlin. Von 1955 bis 1972 war er in dieser Stadt als freischaffender Künstler tätig, unterbrochen durch einen zweijährigen USA-Aufenthalt. Nach einjähriger Tätigkeit als wissenschaftlicher Angestellter an der Architektur-Fakultät der Technischen Universität Braunschweig erhielt er 1973 einen Ruf an die Hochschule für Gestaltung in Bremen, der heutigen Hochschule für gestaltete Kunst und Musik, an der er seitdem lehrt. Daneben ist Professor Otto weiterhin freischaffender Bildhauer mit reicher Ausstellungstätigkeit im In- und Ausland sowie zahlreichen Arbeiten im öffentlichen Raum, so z. B. dem Heine-Denkmal in Hamburg (1982). Immer wieder hat sich Professor Otto auch mit der NS-Zeit künstlerisch auseinandergesetzt, z. B. bei dem Mahnmal für die Opfer des NS-Terrors in Bremerhaven und der 1988 geschaffenen Stele für Wilhelm Leuschner, einem vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilten und im September 1944 hingerichteten führenden Mitglied des Widerstandskreises um Graf Stauffenberg.

Für die Ausführung des Mahnmals hat der Justizminister des Landes Schleswig-Holstein den Betrag von 50 000 DM zur Verfügung gestellt. Das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum hat einen finanziellen Beitrag dadurch geleistet, daß es die ausstellungsfähigen Entwürfe des Künstlerwettbewerbes, für die der Zuschlag nicht erteilt worden ist, angekauft hat.

Die Arbeitsgruppe Mahnmal hat außerdem im Oktober 1991 alle Richterinnen und Richter der verschiedenen Gerichtsbarkeiten sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Landes Schleswig-Holstein zu Spenden aufgerufen. Der Schleswig-Holsteinische Richterverband, die Neue Richtervereinigung und die in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Richterinnen und Richter, Staatsanwältin-

nen und Staatsanwälte haben diesen Spendenaufruf unterstützt. Insgesamt sind bisher rd. 15 000 DM an Spenden eingegangen.

Soweit die zur Verfügung stehenden Mittel nicht für die Errichtung des Mahnmals einschließlich des Sockels und der auf den Zweck des Mahnmals hinweisenden Schrifttafel benötigt werden, sollen sie Verwendung finden für die Erstellung einer beabsichtigten kleinen Dokumentation im Inneren des Gebäudes des Oberlandesgerichts. Diese Ausstellung wird zur Zeit von den Mitgliedern der Mahnmalgruppe erarbeitet. Die Dokumentation wird fünf Stellwandtafeln umfassen. Drei Tafeln werden sich auseinandersetzen mit der Tätigkeit des Sondergerichts Kiel. An Hand von Auszügen von Originalakten des Sondergerichts werden Einzelfälle aus folgenden Bereichen dargestellt:

Plünderung

Regimekritik als Heimtücke Schwarzschlachten und Schleichhandel.

Eine weitere Tafel wird sich allgemein mit der Justiz in der NS-Zeit beschäftigen. Die letzte Tafel soll die Entwicklung der Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein darstellen, die dadurch gekennzeichnet war, daß gerade in diesem Land in besonders großem Umfang Staatsanwälte und Richter aus der NS-Zeit bald wieder eingestellt und in der Folgezeit zum Teil in leitende Positionen befördert wurden. Diese Tafel trägt deshalb auch den vorläufigen Arbeitstitel „Renazifizierung“.

## II. Rede des Justizministers Dr. Klaus Klingner

Die Richterschaft und die Staatsanwaltschaft unseres Landes erinnern an 12 Jahre der Willkürjustiz. Dieses Werk von Waldemar Otto mahnt, die Willkürjustiz in der Zeit der Nazi-Diktatur nicht zu vergessen. Das ist nötig, gerade auch wo es in den neuen Ländern gilt, weiteres Unrecht aufzuarbeiten. Heute ist unbestritten, daß von 1933 bis 1945 in unserem Land Willkürjustiz ausgeübt wurde. Unbestreitbar ist heute, daß viele, zu viele Richter und Staatsanwälte sich zum willigen Werkzeug einer menschenverachtenden, menschnichtenden Diktatur machten oder machen ließen.

Geistig-seelisch Erkrankte aus Schleswig wurden - gedeckt durch die Justiz - vernichtet. Gedeckt wurden Verbrechen von der Ermordung des Rechtsanwalts Spiegel in Kiel 1933 über die Straftaten der sog. Reichskristallnacht bis zum Terror der Kriegszeit. Genannt sein muß die grausame Militärjustiz bis in den Mai 1945. Das schleswig-holsteinische Sondergericht in Kiel hat mindestens 171 Menschen zum Tode verurteilt. Gegen 164 von ihnen wurde die Strafe

vollstreckt. Nicht eingerechnet sind die NN-, die sog. Nacht- und Nebelverfahren gegen mehr als 400 norwegische Widerstandskämpfer. Diese Prozeßakten sind nicht mehr aufzufinden.

Das Kieler Sondergericht verurteilte zum Beispiel den polnischen Landarbeiter Bronislaw Duda wegen einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit einem deutschen Betriebsführer. Schon der Tatnachweis durfte nach den Verfahrensregeln nicht allein aufgrund der Aussage des Verletzten geführt werden, während der einzig unbeteiligte Zeuge nicht einmal gehört wurde. Obwohl das Strafmaß für gefährliche Körperverletzung im Höchstmaß fünf Jahre betragen hätte, gelangte das Sondergericht über Artikel 3 der sog. Polenstrafrechtsverordnung zur Todesstrafe. Nach dieser „Verordnung“ hatten die Gerichte auf Todesstrafe zu erkennen, wenn die Tat von niedriger Gesinnung zeugte oder aus sonstigen Gründen besonders schwer wog. Die Richter waren nicht gezwungen, eine besondere „Tatschwere“ festzustellen. Sie haben nicht etwa positivistisch eine vom Normalfall der Körperverletzung deutlich abweichende Tatschwere oder die Motive über die Gewaltanwendung hinaus als niedrig festgestellt. Die Richter waren nicht bloß positivistisch „Mund des Gesetzes“. Sie waren „Rechtsfinder“, die sich bei ihren Urteilen fragten, ob Inhalt, Begründung und Folgen dem nationalsozialistischen Rechtsempfinden entsprachen. Und so lautet der letzte Absatz ihres Urteils über Bronislaw Duda:

„Darüber hinaus hat er durch seine Tat die Ruhe und Sicherheit der vom Kriege betroffenen Volksgemeinschaft stark gefährdet, die Ehre des deutschen Volkes frech verhöhnt und dadurch die gerechte Empörung und Verbitterung der volksbewußten Volksgemeinschaft herbeigeführt. Hinzu kommt, daß sich Unbotmäßigkeiten und Gewalttätigkeiten polnischer Zivilarbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und Mitarbeitern in letzter Zeit mehren und die Gefahr besteht, daß die Tat des Angeklagten auch andere polnische Zivilarbeiter zu Gewalttätigkeiten gegenüber ihren Arbeitgebern und Mitarbeitern anreizt. Der Angeklagte hatte die Fähigkeit, die Bedeutung der Tat nach allen diesen Richtungen zu erkennen. Nach allem erfordert das Verlangen nach gerechter Sühne sowie das Schutzbedürfnis des deutschen Volkes die Todesstrafe. Auf diese war demnach gemäß III Abs. 2 der Polenstrafrechtsverordnung zu erkennen. Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.“

Zum Schluß wurden die Richter wieder positivistisch.

An Justizopfer wie Bronislaw Duda soll dieses Mahnmal erinnern.

Lange, allzu lange hielt sich für die NS-Zeit die Legende vom Richter, der „nur das Gesetz angewandt habe“, der Gesetzesbefehle befolgt habe. Hermann Weinkauff, von 1950 bis 1960 Präsident des Bundesgerichtshofs sagte es im Oktober 1954 so:

„Das Reichsgericht befolgte in seiner ganzen Rechtsprechung die Übung, die der positiven Rechtsordnung vorausliegenden philosophischen Grundlagen des Rechts nicht anzurühren, zu ihnen nicht Stellung zu nehmen, sondern sich auf die sinnvolle Anwendung des im Wesentlichen ungeprüft hingegenommenen gesetzten Rechts auf den Einzelfall zu beschränken. Es fand sich dabei in völliger Übereinstimmung mit dem Rechtsgedanken aller Juristengenerationen in der zweiten Hälfte des 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Nun entspricht eine solche Praxis sicher alter richterlicher Weisheit; sie setzt aber zweierlei voraus: einmal, daß sich das gesetzte Recht, gewissermaßen selbstverständlich, im Rahmen der rechtlichen Ur-Ordnung hält und dann, daß in einer Gesellschaft gewisse Grundprinzipien des Rechts und der Ethik in allgemeiner, unbezweifelnder, wenn auch stillschweigender Geltung stehen. Als daher diese Voraussetzungen entfielen, als unter dem Nationalsozialismus grobes, vom Staat selbst in die Form des Gesetzgebefehls gebrachtes Unrecht in die Rechtsordnung eindrang, konnte man vom Boden dieser Auffassung des Rechts und des Richtertums aus keine der Schwere des Angriffs entsprechende Gegenwehr leisten. Hier ist eine tiefgreifende Neubesinnung auf die Grundlagen des Rechts geboten.“

Im wissenschaftlichen Gewand stellt sich dies unserer Generation als Vorgang der Verdrängung dar, Hermann Weinkauff hatte dem Reichsgericht angehört, von 1937 bis 1945. Er war NSDAP-Mitglied seit 1933 gewesen.

Seine Rechtfertigung mit der Konstruktion eines Rechtspositivismus, der zwangsläufig zu falschen Folgen führen mußte, ist falsch.

Die Dokumente aus der NS-Zeit selbst sind ihr entgegenzuhalten. 1942 schrieb der Präsident des Hamburger Oberlandesgerichts ein Buch mit dem Titel „Der Deutsche Richter“.

Der heutige Richter soll nicht Gesetzesanwender, sondern Rechtsfinder sein. Er muß sich bei jedem Urteil fragen, ob auch das Gesetz, das er seiner Entscheidung zugrunde legt, mit dem Recht, das in den Tiefen der Grundanschauung des deutschen Volkes wurzelt, übereinstimmt und ob der Inhalt, die Begründung und die Folgen seines Urteils nationalsozialistischem Rechtsempfinden entsprechen.“ Noch krasser heißt es an anderer Stelle:

„Heute kann unbedenklich der Satz aufgestellt werden: Jede gesetzliche Bestimmung steht unter dem ungeschriebenen Obersatz: Treu und Glauben und Nationalsozialismus. Ja, der verantwortungsschwerste Richterspruch, den es gibt, die Todesstrafe, hängt unter bestimmten Voraussetzungen nur davon ab, ob sie wegen der besonderen Verwerflichkeit der Tat nach gesundem Volksempfinden erforderlich ist. Also auch hier eine bewußte Verlagerung der Verantwortung vom Gesetzgeber auf den Richter.“

An Bronislaw Duda und vielen anderen wurde dies exekutiert. Nicht nur beim Sondergericht. Sicherlich war Rothenberger ein Exponent der Nazis. Rothenberger stand aber nicht allein. Schon 1933 reihte sich die Richterschaft in das NS-System ein. Es gab auch andere. Aber viele, allzu viele der „deutschen Richter“ waren weit mehr als willige oder nur widerwillige Rechtsfinder im Sinne Rothenbergers. Sie zeigten vorauseilenden Gehorsam. Sie beteiligten sich aktiv an einem Willkür- und Terrorregime.

Die späte Berufung auf die Gesetzesbindung ist in weiten Teilen eine nachträgliche Konstruktion zur Rechtfertigung eigenen Unrechts und zum Verdrängen eigener Schuld. Mit der Realität hatte sie wenig zu tun, am allerwenigsten in der Strafjustiz. Wie nicht anders zu erwarten, tauchen dieselben Entlastungsbemühungen nach dem Ende der DDR wieder auf.

Nach dem Krieg gab es in der Justiz hier zunächst keine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die diesen Namen auch nur im Ansatz verdienen würde. Der Übergang war nahtlos. Auch belastete Richter und Staatsanwälte wurden spätestens ab 1950 wieder in die Justiz übernommen. Noch Anfang der 50er Jahre erklang hier in der Kantine das Horst-Wessel-Lied. Ich selbst habe ja noch die Herren Sonder- und Militär Richter im Dienst erlebt. Viel zu spät erst hat es die Justiz fertiggebracht, über ihr eigenes Versagen und ihre eigene Schuld auch nur zu reden. Jahrzehntelang war dieses Thema geradezu tabu. Erst eine neue Generation war dazu in der Lage. Deshalb stehen wir heute hier.

Aus der Richterschaft und Staatsanwaltschaft heraus hat sich die Initiative für ein Mahnmal gebildet. Der Anstoß, die Organisation, die Überzeugungsarbeit kam von den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten selbst. Zwei für viele möchte ich hier nennen, Herrn Vizepräsident Volker Lindemann und Herrn Generalstaatsanwalt Prof. Heribert Ostendorff. Ihr Einsatz hat über Jahre angehalten und mit anderen schließlich das Mahnmal möglich gemacht.

Sie alle aber haben den Mut gezeigt, sich mit der Vergangenheit unseres, Ihres Berufsstandes auseinanderzusetzen. Sie stellen sich den Fragen und Diskussionen, sicherlich auch den Vorwürfen, die dieses Mahnmal auslösen wird. Ihnen gebührt nicht nur Respekt, sondern auch mein Dank für das, was Sie für die Justiz tun.

Dieses Mahnmal spricht in seiner schlichten Formensprache für sich selbst. Prof. Waldemar Otto hat in ein eindringliches Bild umgesetzt, was Willkürjustiz Menschen angetan hat. Nicht zuletzt auch Ihnen, Herrn Prof. Otto, gilt mein Dank. Die Mahnung gilt uns allen. Sie gilt auch jeder Form von Selbstgerechtigkeit der Heutigen. Wer nie in Versuchung kam, sich einer Diktatur einzuordnen aus Bequemlichkeit, Angst oder zur Förderung der Karriere, prüfe sich.

### III. Rede der Journalistin Lea Rosh

Als meine Sekretärin mir den Anruf des Generalstaatsanwalts ankündigte, war ich zunächst erstaunt. Was will ein Generalstaatsanwalt von mir? Die Geschichte, die er mir dann erzählte, die Geschichte dieses Mahnmals, war noch erstaunlicher für mich. Ich konnte es zunächst kaum glauben. Richter und Staatsanwälte, dazu aus Schleswig-Holstein, sollten ein so neues Kapitel Justizgeschichte schreiben? Aus meiner jahrelangen Beschäftigung mit der NS- und der Nachkriegszeit hatte ich, was „die Juristen“ anging, zwar längst ein differenzierteres Bild dieses Berufsstandes als allgemein üblich. Was hatte ich gelernt? Gelernt hatte ich folgendes: Ärzte und Juristen hatten unter den Nazis fürchterlich gedient. Sie hatten hemmungslos getötet. Die einen im weißen Kittel, die anderen in ihrer schwarzen Robe. „Den Dolch des Mörders unter der Robe“, wie es im Nürnberger Juristenurteil so treffend formuliert wurde. Über die Verbrechen, die Rechtsbeugung durch die Richter und Staatsanwaltschaft dieses Landes, haben wir eben gehört. Aber als ich, in Vorbereitung für den heutigen Tag, in dem Beitrag von Klaus Bästlein zur „Rechts“-Praxis des Schleswig-Holsteinischen Sondergerichts 1937-1945 nachlas, wie eifertig, opportunistisch, verlogen, heuchlerisch, verbrecherisch sie sich alle krumm gemacht haben, alle Rechtsprinzipien über den Haufen geworfen haben, wie sie eben nicht dem Recht und der Gerechtigkeit, sondern dem Verbrechen gedient haben, da ist in mir Zorn und Empörung hochgekommen. Aber fast noch schlimmer, empörender und deprimierender ist das Kapitel über den nahezu nahtlosen Übergang in die Nachkriegszeit. Wörtlich heißt es bei Bästlein:

„Die Mitarbeiter des ehemaligen Sondergerichts Kiel wurden... nie für die von ihnen verübten Justizverbrechen zur Verantwortung gezogen. Sie waren vielmehr schon unmittelbar nach dem Eintreffen der britischen Truppen damit befaßt, ihre künftige berufliche Tätigkeit abzusichern. Belastende Materialien... wurden beiseite geschafft...“

Ehemalige Staatsanwälte und Richter des Sondergerichts bescheinigten sich bald gegenseitig „Widerstand“ geleistet und allein „dem Recht gedient“ zu haben. Zynischer, frecher geht es nicht mehr.

„Sechs Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft amtierten praktisch alle ehemaligen Mitarbeiter des Sondergerichts Kiel wieder im Justizdienst des Landes, soweit sie dafür noch in Frage kamen.“

So bildeten sie bald nach Kriegsende wieder das Rückgrat der hiesigen Justiz. Und natürlich kamen in ein so mildes, bekömmliches Klima die „alten Kameraden“, die im „Nürnberger Juristenprozeß“ abgeurteilt worden waren. Als wäre Nürnberg nie gewesen.

Aber der große Wurf von Nürnberg hielt ja sowieso nicht, hielt nur so lange, wie die Prozesse dauerten. Die Alliierten, mit dem Kalten Krieg, also dem Kampf gegen den Bolchewismus befaßt, haben ihren Anspruch selbst untergraben. Das *Recht*, das gebeugte, so unerhört verletzte Recht, sollte doch wieder hergestellt werden. Aber die Amnestierung der NS-Gewaltverbrecher wurde von allen gemeinsam getragen. Von den Westalliierten, die gegen die Sowjets kämpften, und von den Deutschen, den Westdeutschen vor allem, die sich selbst, wenn nicht rehabilitieren, so doch wenigstens wieder in die Gesellschaft eingliedern wollten. Und die westdeutsche Gesellschaft nahm sie mit offenen Armen auf. Die west-deutsche Justiz hatte, kaum war der westdeutsche Staat gegründet, nichts Eiligeres zu tun, als die entsprechenden Gesetze dafür zu schaffen. Die Politik hatte gesiegt. Nach einer Schamfrist von knapp drei Jahren wurden Moral- und Rechtspositionen aufgegeben. Wie sicher die deutschen Industriellen diesen Kurswechsel voraussahen, belegt Charles W. Thayer mit dem Zitat eines deutschen Wirtschaftlers aus dem Jahre 1947:

„Wir hätten Ihnen schon 1945 sagen können, daß Sie uns am Ende noch brauchen würden. Es ist nur schade, daß Sie nicht früher hören wollten.“

1945? Die Westalliierten wußten schon vordem Kriegsende, als die Schornsteine von Auschwitz noch rauchten, wo ihre Bündnispartner zu finden waren. Und so kam alles ganz schnell wieder ins Lot. Jeder bekam, was ihm nützte:

Die alten Generäle bekamen ihre Wehrmacht, die Industriellen ihre Fabriken, die Juristen die „Rechtsprechung zurück. Die westdeutsche Wirtschaft bekam die Marshall-Plan-Spritze von mehr als 3 Milliarden Dollar und die westlichen Alliierten ihren starken Bundesgenossen. „Gegen den Osten“. Fast so wie vorher. Vergessen, was Jackson und Shawcross in Nürnberg verkündet hatten: Daß das Protokoll des Nürnberger Prozesses als der geschichtliche Text der Schande und Verderbtheit des 20. Jahrhunderts weiterleben werde, daß dieser Prozeß zu einem Markstein der Geschichte werden müsse...

Ein erhabener Entwurf. Er hielt nur bis 1951. Dann endete er in Pragmatismus und in Gnadenerlassen, verblaßte immer mehr, bis er in den 60iger und 70iger Jahren in der bundesdeutschen Rechtsprechung fast bis zur Farce verkam.

Sie, verehrter Herr Professor Ostendorff, haben geschrieben: „Die Staatsanwaltschaft ist ein Dienstleistungsbetrieb in Sachen Gerechtigkeit.“

Das sah in der bundesdeutschen Praxis dann so aus:

Man schätzt, der Holocaust hatte 150.000 Täter. Organisatoren und Vollstrekker.

In Nürnberg saßen 199 NS-Verbrecher auf der Anklagebank. 199 von 150.000. Im 1., dem Hauptkriegsverbrecherprozeß, Göring und 20 andere Spitzenfunktionäre der Regierung. In den 12 Nachfolgeprozessen: Ärzte, Ju-

risten, Beamte - bis hinauf ins Auswärtige Amt, Wehrmachtsgeneräle, SS-Offiziere - vor allem der Einsatzgruppen - Minister, Industrielle. Aber eben nur 199. Die Spitze des riesigen Mörderapparates.

„Das größte Menschheitsverbrechen aufzudecken und abzuurteilen“, war der Anspruch, „Das Recht, das auf so unerhörte Weise verletzt worden war, muß wieder eingesetzt werden“, war der Anspruch.

Aber 1951, nur 3 Jahre nach den letzten Urteilen, öffneten sich die Gefängnistore von Landsberg weil. Viele der Schwerverbrecher konnten gleich nach Hause gehen. Einige mußten sich noch etwas gedulden.

Und so nahm die unselige Geschichte ihren Lauf. Zwar sind von bundesrepublikanischen Staatsanwaltschaften Ermittlungsverfahren gegen 88.587 Beschuldigte eingeleitet worden. 88.000. Eine stattliche Zahl. Nur: 80.000 blieben ohne Strafe. Gewiß, viele waren gestorben, viele waren entkommen, nach Südamerika oder sonstwohin, viele waren untergetaucht unter falschem Namen, - aber viele sind eben einfach straffrei ausgegangen: Einstellung des Verfahrens, Taten verjährt, oder Freispruch. Es trifft, leider, den Kern der Sache, wenn der DDR-Staatsanwalt Kaul, die westdeutsche Justiz mit einem Jagdhund verglichen hat, den man zur Jagd tragen mußte.

Es fehlte an Verfolgungswillen. Nur 6 1/2 tausend Täter sind bei uns rechtskräftig verurteilt worden: 12 zum Tod, 158 zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Aber die meisten, 6.180 zu Freiheitsstrafen im Schnitt zwischen 3 und 5 Jahren, auch für vielfachen Mord. Wobei die Strafen in der Regel nicht einmal abgesessen wurden. Wobei diesen Tätern strafmildernde Umstände wie keinem anderen Kriminellen in unserer Gesellschaft gutgebracht wurden.

Zum Vergleich die damalige DDR: 13.000 Aburteilungen, also doppelt so viele wie in der damaligen BRD, und zwar wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, der Nürnberger Verbrechenkategorie, die wir so schnell wie möglich abgeschafft hatten. Weshalb sich unsere Justiz mit dem schlichten Mordparagrafen abquälen mußte, der ja nicht für diese Verbrechen, sondern eben für den einfachen Mord gemacht worden war.

Wenn es nicht Staatsanwälte gegeben hätte, in Ludwigsburg und in vielen anderen Staatsanwaltschaften, die in der Staatsanwaltschaft wirklich einen „Dienstleistungsbetrieb in Sachen Gerechtigkeit“ sahen, dann wäre es ganz schwarz bei uns gewesen. Aber die gab es eben Gott sei Dank auch, die Rückerts und all die anderen, die sich abrackerten, hinter Tätern, Opfern, Zeugen und Beweismaterial hinterhergehetzt sind. Sie haben das Wettrennen mit den vom Parlament beschlossenen oder angedrohten Verjährungsfristen verloren. Aber es ist gewiß nicht ihr Versagen gewesen, daß ihre Arbeit oft in den Stolperdrähten von Amnestiegesetzen, Verjährungsterminen und richterlichen Fehlurteilen hängen-

blieb. Im Gegenteil: Ihr Verdienst bleibt es, das Verbrechen in seiner Dimension aufgedeckt und gleichzeitig die Verhinderer bloßgestellt zu haben. Die Justiz ist eben immer Teil und Spiegelbild der Gesellschaft gewesen.

Und so wundert es eben gar nicht, es paßt natürlich zusammen, daß es hier bis zum Regierungswechsel 1988 dauerte, bis nach der Barschel-Affäre, daß Veränderungen in der Justiz griffen, daß sich, wie Bästlein schreibt, seit 1988 das Justizklima im Lande spürbar wandelte. Und weil das so ist und weil das mit Ihnen entscheidend zu tun hat, sehr verehrter Herr Justizminister, bin ich der Einladung, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen, gefolgt. „Die Auswertung aller relevanten Vorgänge zur NS-Justiz in Schleswig-Holstein“, so schreibt Bästlein, „sind vor allem dem Einsatz von Karl Otto Meyer (SSW), dem Justizminister Klaus Klingner (SPD) und dem Staatssekretär Uwe Jensen (SPD) zu danken.“ Und so wollen wir diesen auch danken.

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Mahnmal. Ich weiß, wovon ich rede, wenn ich sage: Das ist ein wichtiges und schwieriges Stück Arbeit. Und So wichtig! Und so notwendig!

Ich bin an drei Mahnmalen beteiligt: In Berlin wird auf Initiative der Bürgerinitiative Perspektive Berlin, deren Vorsitzende ich bin, gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und dem Senat von Berlin nun endlich eine Gedenkstätte errichtet werden, die den ermordeten Juden Europas gewidmet sein wird. Sie wird an den Mord an den europäischen Juden erinnern. Wir kämpfen seit 1988 darum. Jetzt ist es so weit, der Wettbewerb wird noch in diesem Jahr ausgeschrieben werden.

Meine Bürgerinitiative hat aber auch, direkt vor dem Berliner Reichstag, ein Denkmal, ein Mahnmal für die von den Nazis ermordeten Reichstagsabgeordneten errichtet. Mit Namen und Parteizugehörigkeit. Die meisten von ihnen waren Sozialdemokraten und Kommunisten, natürlich. Wir haben in ihre Grabplatten auch eingraviert, wo sie ermordet wurden. In deutschen Konzentrationslagern, natürlich. Auch um dieses Denkmal kämpften wir mehrere Jahre. Wir haben es im letzten Jahr eingeweiht.

Und in Hannover werden wir bald, vielleicht noch in diesem Jahr, ein Denkmal für die aus Hannover deportierten und ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer errichten. Sie werden dort mit Namen Wiedererstehen, mit ihren Geburts- und Todesdaten, den Orten ihrer Ermordung.

Wir müssen sie wieder lebendig machen, auf unseren Steinen. Wir dürfen sie nicht in Vergessenheit geraten, im Nichts verschwinden lassen. Wenn wir uns an sie erinnern, wird das Mahnung sein für die Zukunft. Aber ich meine, wir müssen sie auch umarmen, streicheln, wärmen. Wir haben sie doch damals allein gelassen, haben doch so gar nichts zu ihrer Rettung getan.

Wenigstens also Gedenken.

Es müssen noch viele Mahnmale errichtet werden in unserem Land, für die ermordeten Sinti und Roma, die Homosexuellen, die Euthanasieopfer, die Bibelforscher. Wir haben noch viel nachzuholen.

Noch einmal. Ich beglückwünsche Sie zu diesem Denkmal. Aber ich beglückwünsche auch uns, daß es so etwas endlich gibt, meines Wissens nach das erste, aber hoffentlich nicht das letzte „Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der Willkürjustiz in der Zeit von 1933-1945“. Ihre Initiative gibt Mut und Hoffnung.

### Zum Thema „Beitragserhöhung“

Liebe Mitglieder!

Schon 1992 wurde in unserer Jahresversammlung vorgeschlagen, die Finanzprobleme des Grenzfriedensbundes durch eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ein wenig zu lindern. Der Vorstand hat darüber beraten und in diesem Jahre in Husum eine Beschlußempfehlung vorgelegt, die fast einstimmig (bei einer Gegenstimme) von den anwesenden Mitgliedern angenommen wurde:

Ab 1. Januar 1994 soll der Jahresbeitrag für persönliche Mitglieder von  
12,- DM auf **20,- DM**,  
für Vereine, Verbände, Schulen usw. von  
25,- DM auf **40,- DM** angehoben werden.

Natürlich darf jeder, der kann und will, diesen Mindestbeitrag nach Kräften aufstocken und freiwillig mehr zahlen. Vielleicht gelingt es uns, auf diese Weise wenigstens einige Lücken zu füllen, die dadurch entstanden sind, daß das Land Schleswig-Holstein seine Zuschüsse für unsere Arbeit in diesem Jahre erstmalig um 5% kürzen mußte. Eine notwendige Erhöhung der Beträge wegen wachsender Kosten bekommen wir schon seit Jahren nicht mehr. Daher unser Appell an Ihre Bereitschaft zur Selbsthilfe!

Wenn wir von Ihnen eine Einzugsermächtigung haben, brauchen Sie nichts zu tun; wir stellen automatisch auf die neuen Zahlen um. Teilen Sie uns in diesem Fall nur mit, wenn Sie freundlicherweise mehr als den Mindestbeitrag zahlen wollen.

Wenn Sie bisher Ihren Beitrag selbst überwiesen haben, überlegen Sie doch bitte, ob Sie uns nicht eine Einzugsermächtigung geben wollen! Wir treiben damit kein Schindluder, und Sie brauchen an die jährliche Überweisung, die man ja leicht vergißt, nicht mehr zu denken.

Bitte bleiben Sie dem Grenzfriedensbund treu! Wir wollen für unsere Aufgaben im Landesteil und natürlich für unsere Mitglieder auch in Zukunft alles tun, was möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

(A. Thomsen)

Vorsitzender

## Gefährlich ist's den Leu zu wecken

*Der nachfolgende Beitrag des Leiters des Präsidialbüros beim Schleswig-Holsteinischen Landtag und dortigen Referenten für Minderheiten, Karl Rudolf Fischer, erschien im „Nordeuropa-Forum“, Juni 1993.*

Für gewichtige Schlagzeilen und gewandte Rednerworte sorgte er in seiner scheinbar unendlichen Geschichte schon immer, der Löwe von Idstedt. Auch 1992 blieb er sich treu, treu geblieben sind sich aber auch diejenigen, die es nicht verwinden können, ihn wieder in Flensburg zu sehen. Besonders provokativ, darum in allen Diskussionen zuerst gestellt, ist die Frage nach seiner Bedeutung. Nationalistisches Siegesdenkmal, dort: Mahnmal für die Gefallenen. Auch nach eingehenden historisch-politischen und kunstwissenschaftlichen Interpretationen fehlt noch immer eine befriedigende Antwort. Ich sage voraus, wir werden auch 1993 **diese** Frage nicht lösen. Wir werden diese Frage wohl überhaupt nicht mehr lösen.

Was also bedeutet der Löwe heute? Wo soll er nun stehen? Enthält nicht die Aufstellung des Idstedt-Löwen auch politische Chancen für das Grenzland?

Die kritische Bemerkung von Inge Adriansen (NORDEUROPA/FORUM 1/93), daß „wenn die Deutschen bei einer Wiedererrichtung mitmachen würden, (...) das Monument vollständig seinen Charakter verändern würde“, überzeugt nicht so ganz. Insbesondere deshalb, weil der Charakter des Denkmals nie eindeutig geklärt werden konnte. Durch seine wechselvolle Geschichte bis in unsere Tage ist der Idstedt-Löwe, ob wir es wollen oder nicht, zu einem deutsch-dänischen Denkmal geworden.

Es wird also an uns sein, seine Interpretation in diesem Sinne vorzunehmen und das Denkmal einer neuen Würdigkeit zuzuführen. Die Kritik von Frau Adriansen, daß der Löwe „fast jeglichen Symbolwert für die Dänen verlieren und ein Symbol des deutschen Willens werde, sich mit der eigenen Geschichte und den Nachbarn zu vertragen“, müßte sozusagen vom Kopf auf die Füße gestellt werden; d. h. Deutsche und Dänen sollten gemeinsam das Denkmal zu ihrer Sache machen. Daß deutsch-dänische Grenzkämpfe endlich überwunden sind, wäre doch auch ein erster schöner Symbolwert des Denkmals.

Der „neue“ Löwe sollte mit Blick auf die ethnischen Kriege in Europa zu einem Monument gegen jede Art von Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit werden. Und wer anders als die Flensburger, im Zentrum des Grenzlandes, könnten den Löwen dazu erklären. Dies erfordert von den Flensburger Fraktionen politische Bewegung. Die CDU müßte ihre ablehnende Haltung aufgeben, aber auch der SSW (Südschleswiger Wählerverband) sollte nicht mehr auf der Rückkehr des Löwen „an seinen Platz als Wiedergutmachung“ bestehen. Die Flensburger Politiker sollten sich in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe dieses Themas unter der genannten Fragestellung annehmen und eine Entscheidung

treffen, damit die unendliche Geschichte des Löwen endlich zu einer endlichen wird. Das Grenzlandmodell ist trotz der Auseinandersetzung über den Idstedt-Löwen nicht beschädigt.

Es ist keinesfalls so, daß die einzelnen Bestandteile der Grenzlandpolitik, als da sind grenzüberschreitende Zusammenarbeit, gegenseitige Akzeptanz sowie gemeinsame politische Verantwortung, auch nur in geringem Maße ihre Wirkung eingebüßt hätte. Die dänenfeindlichen Äußerungen mehrerer Personen auf der Flensburger Veranstaltung vom September 1992 ändern daran nichts. Es bleiben letztlich einzelne Meinungen Ewiggestriger.

Auch der mit Vehemenz vorgebrachte Einwand, Nationalisten und Extremisten beider Seiten könnten das Denkmal beschädigen und den Grenzfrieden stören, so daß auf die Aufstellung verzichtet werden müsse, trifft ins Leere. Kein Denkmal, weder in Flensburg noch in Kopenhagen oder sonstwo, ist vor solchen „Narrenhänden“ sicher.

Die schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave hat sehr frühzeitig nach ihrem Amtsantritt angeregt, die Ausbaufähigkeit des „Gemeinschaftsprojektes Grenzlandmodell“ zu prüfen und der aktuellen Situation – mit Blick auf die Zukunft – anzupassen.

Die Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze seien heute unverzichtbare soziale Integrationsfaktoren. In diesem Sinne sollten Deutsche und Dänen den Begriff „Denkmal“ wörtlich nehmen. Auch der ehemalige Folketingspräsident H. P. Clausen bedauerte, daß es „eine derart heftige Debatte über die Rückführung der Statue gegeben hat“. Das zeige die Notwendigkeit, einander zu versprechen, daß nicht neue, nationalistische Tendenzen das zerstören, was mühsam aufgebaut worden sei. Der Idstedt-Löwe kratzt also nicht am Grenzlandmodell, die Grenzlandpolitik könnte sich aber seiner bedienen, um ein neues Zeichen für Zusammenarbeit zu setzen.

Siegfried Matlok, Chefredakteur des „Nordschleswiger“, der Zeitung der deutschen Minderheit in Dänemark, hat überdies daraufhingewiesen, daß die Denkmäler und Standbilder im Grenzland einer historischen Aufarbeitung bedürfen.

Deutsche und dänische Historiker müssen kooperativ, kritisch und grenzüberschreitend diesen historischen Aspekt analysieren.

Es gehört zu den im Grenzland bisher vernachlässigten Bereichen, diese Frage zu untersuchen. Auf diese Weise kann eine Einigung erreicht und die in mancher Beziehung monumentale Wirkung des Löwen beschränkt werden. Die historische Aufarbeitung würde eine positive Wirkung auf die Atmosphäre im Grenzland haben; der Ratsversammlung in Flensburg, die letztlich die politische Entscheidung treffen muß, wäre dies vielleicht eine Entscheidungshilfe. Der Löwe darf jedenfalls nicht länger zur Hauptfigur eines alljährlichen Sommertheaters

werden und die Schlagzeilen füllen, wenn Nachrichtenebbe herrscht. Matlok ist darin zuzustimmen, daß „die Ungewißheit über die Platzierung langfristig mehr politischen Schaden anrichtet als eine Klärung des Problems“.

Damit komme ich zu meiner Anmerkung, die identisch ist mit einem Vers, den die Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave auf der Jahresversammlung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes 1992 in Kronshagen brachte. Aus Friedrich Schillers „Lied von der Glocke“ zitierte sie:

„Gefährlich ist's den Leu zu wecken  
Verderblich ist des Tigers Zahn  
Jedoch der schrecklichste der Schrecken  
Das ist der Mensch in seinem Wahn“.

Nationalismus gehört zu den schrecklichsten Wahnvorstellungen des Menschen. Die Geschichte gibt berede darüber Zeugnis. Was also spricht dagegen, den Löwen von Idstedt zu einem Symbol des Miteinanders, der Toleranz und der eindeutigen Absage an alle nationalistischen Tendenzen zu machen?

Im übrigen: Der Autor, Sternbild Löwe, gibt zu, daß auf seiner Terrasse ebenfalls eine Löwen-Statue steht, ein Geschenk, über das er sich sehr gefreut hat, und daß die Erfahrungen mit den Reaktionen der Besucher ausschließlich positiv sind. Er kann also der Warnung, wie sie in einem dänischen Lexikon zu lesen ist, nicht zustimmen. Dort heißt es nämlich, wenn man einen schlafenden Löwen zu wecken versuche, könne dies gefährliche Leidenschaften hervorrufen, selbst bei Menschen, die sich sonst friedlich verhalten.

Es gibt sicher wichtigere Fragen als die der Aufstellung des Idstedt-Löwen. Aber es gibt eben auch diese. Und wir sollten sie frei von historischem Ballast und motiviert durch die positiven Grenzlanderfahrungen der letzten Jahrzehnte endlich lösen.

*Karl Rudolf Fischer*

## Kunst als Mittler zwischen den Nationen

### *Die Grenzlandausstellung in Apenrade vereint Nord und Süd*

APENRADE. Seit bald einem Vierteljahrhundert ist die jährliche Grenzlandausstellung in der Sønderjyllandshalle die einzige Institution, die Kunst aus dem Raum südlich und nördlich der Grenze vereint zeigt. Neben Einzelpersonen sind Vereine Mitglied im privaten Verein „Grenzlandausstellung“, dem Träger der Ausstellung, und es ist bedauerlich, daß diese Schau nicht auch südlich der Grenze zu sehen ist. Sieht man doch deutlich, daß die Kunst in Dänemark andere Wurzeln hat als südlich der Grenze, da der Blick dänischer

Künstler nach 1864 über Deutschland hinweg eher nach Frankreich ging. Das mag auch der Grund für ein besonderes Verhältnis dänischer Künstler zur Farbe sein. Ohne Bruch durch politische Verhältnisse – wie die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland – entwickelten sich Malerei und Plastik der dänischen Künstler und werden vom „Normalbürger“ akzeptiert, der viel häufiger Kunst kauft als der Bürger in Deutschland. Auch der Anteil jüngerer Besucher in Ausstellungen scheint nördlich der Grenze wesentlich höher zu sein.

Von heiterer Farbe und in gutem Sinne unkompliziert sind die Malereien Ole Bjørn Petersens aus Hadersleben, schnurgerade sind Dan Thuersens Horizonte – als wolle er das Liegende alles Irdischen damit betonen.

Jes Schrøder zeigt in starken Farben psychologisch interessante Lebensproblematik, etwa in dem Bild „Laß dich nicht zwischen Klippen und Meer nieder“.

Auch bei vielen anderen dänischen Künstlern zeigt sich die ungestüme Entwicklung der Farbe. Selbst ein Konstruktivist wie Aage Schmidt nimmt die leuchtendsten Farben für seine Formkonstruktionen. Und Alfred Friis aus Kopenhagen verbindet kraftvolle Farbe mit naiven Formen.

Die Gäste aus Deutschland zeigen äußerst unterschiedliche Arbeitsweisen. Hanna Jäger aus Lübeck erweitert das verwendete bildnerische Mittel des Farbflecks und seiner Sprache um Begriffe, die sie in die Bilder schreibt und um das – Loch in der Leinwand. Hans Sperschneider reduziert die Formen der Wirklichkeit in seiner Druckgraphik im Sinne des Neuen Realismus, Nikolaus Störtenbecker bleibt treuer Schilderer des Sichtbaren und Wolfram Scheffel läßt Landschaften entstehen aus den sich entwickelnden Formen des Bildes.

Bildhauer sind natürlich in der Minderzahl, doch unübersehbar zeigen Monika Poulsens (Skive) „Haus“ oder „Vogel“ aus Granit gleichermaßen eine Welt des Organischen, die nicht fern von mythologischen Bedeutungen ist.

*Die Grenzlandausstellung 1993 dauerte bis zum 22.08.*

*Uwe Lempelius, in:  
Flensburger Tageblatt, 11.8.1993*

## Holländer kaufen Bauernhöfe auf

### *Dänische Landwirte oft hochverschuldet*

APENRADE (pv) Der Aufkauf dänischer Bauernhöfe durch Holländer hat in den vergangenen Wochen einen erneuten Aufschwung genommen. Nachdem sich vor etwa zehn Jahren die ersten Niederländer im südlichen Dänemark niederließen, hat sich die Zahl holländischer Bauern im Königreich ständig erhöht.

Der Landwirtschaftsberater Erno Posch in Lügumkloster betreut die holländischen

Bauern im Raum Nordschleswig. Nach seiner Darstellung gibt es mittlerweile 110 Höfe im Besitz von Niederländern zwischen der deutsch-dänischen Grenze und der Region um Esbjerg. Er schätzt, daß es in ganz Dänemark etwa 200 holländische Höfe gibt.

Nach Angaben von Erno Posch sind die hohen Preise für Bauernhöfe in Holland der Grund für das Interesse der Niederländer am Kauf in Dänemark. Im nördlichen Königreich ist ein Eigenkapital von etwa 250 000 Mark ausreichend, um sich eine gesicherte Existenz als Bauer zu schaffen. In Holland muß die doppelte Summe auf den Tisch gelegt werden.

Die Niederländer sind vor allem am Kauf von Höfen mit großer Tierhaltung und entsprechenden Milchquoten interessiert. Solche Betriebe sind vornehmlich in Jütland und auf Fünen zu finden. Dementsprechend hoch ist die Zahl der holländischen Bauern in diesen Teilen Dänemarks. Da die Holländer zumeist mit viel Eigenkapital anreisen, haben sie selten betriebswirtschaftliche Probleme, da die Kapitalbelastung gering ist. Dagegen haben die oft hochverschuldeten dänischen Bauern Probleme, ihre Kredite und Darlehen zu finanzieren. Allein im ersten Halbjahr 1993 wurden in Dänemark 688 Höfe zwangsverkauft. Eine Steigerung um rund 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

*Flensburger Tageblatt, 27.7.1993*

Simonis zur „Stippvisite bei Freunden“

*Ministerpräsidentin besuchte Tondern*

TONDERN (em) Schon die Rangfolge der Besuche besagt viel: Ende der Woche reist die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis nach Kopenhagen, um mit dem dänischen Staatsminister Rasmussen und anderen Regierungsvertretern zu sprechen, aber vor diesen „großen“ Staatsbesuch legte die Kieler Regierungschefin den „kleineren“ bei der deutschen Minderheit in Tondern.

Eine „Stippvisite unter Freunden“ wurde dieses Treffen protokollarisch eingestuft, und daß es wirklich keine nennenswerten Probleme im deutsch-dänischen Grenzraum gibt, wurde gestern bei allen Gesprächen in Tondern deutlich. Was allerdings nicht besagt, daß es durchaus Themen gibt, über die es etwas zu besprechen gibt.

Der neue Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen, brachte sie in seiner Rede bei dem internen Treffen zwischen der Kieler Regierungsdelegation und der Führungsspitze der in Dänemark lebenden Deutschgesinnten ziemlich unverblümt zur Sprache. Und dabei stand

nicht einmal das Geld an erster Stelle, sondern die Sorge um „die rechtsextremistischen Auswucherungen in Deutschland“.

Sehr große Bedeutung wird aber auch auf das seit längerer Zeit geplante Institut für Minderheitenfragen gelegt. Ebenso wichtig wie die Finanzierung, die vor allem aus EG-Töpfen erfolgen wird, ist für die Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze aber der Standort.

Jede Seite beansprucht diese Einrichtung verständlicherweise für sich und trotz beharrlicher Fragen, ob sie denn für eine deutsche oder eine dänische Lösung sei, legte sich Heide Simonis nicht fest, sondern verwies auf die Beratungen einer gemeinsamen Kommission, die in Kürze ihr Votum über den Standort vorlegen soll.

Noch keine Übereinstimmung herrscht auch darüber, wo das gemeinsame Institut für ökologischen Landbau entstehen soll. Heide Simonis erhielt von den Gastgebern den Auftrag, diese wichtige Frage bei ihrem bevorstehenden Besuch in Kopenhagen zu klären.

Ein weiteres Thema bei den internen Beratungen war die Mülldeponie Harrislee, die auf dänischer Seite für Irritationen gesorgt hat. Formal sei dabei alles in Ordnung gewesen, versicherte die Regierungschefin, gleichzeitig gab sie jedoch den guten Rat, bei weiteren Planungen die Empfindlichkeiten des nördlichen Nachbarn stärker zu berücksichtigen.

Abgesehen von dieser knappen Wunschliste waren die Gastgeber bemüht, der neuen Kieler Regierungschefin ein möglichst freundliches Bild vom Leben der deutschen Minderheit zu bieten. Gelobt wurde die starke Nutzung der deutschen Bibliotheken und der sozialen Einrichtungen ebenso wie die finanzielle Förderung des Landes (pro Jahr 2,5 Millionen Mark).

Zu den Gastgeschenken der Ministerpräsidentin gehörte nicht nur die Zusage, daß trotz der Finanzenge in der Landeskasse der Jahreszuschuß für die Minderheit in der jetzigen Höhe erhalten bleibe, sie brachte auch Barmittel in Höhe von 66 000 Mark mit, gedacht für besondere Projekte, darunter die Anschaffung eines Rennviersers für den deutschen Ruderclub und Einrichtungsgegenstände für die deutsche Schule in Hoyer.

Wie die Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Firmen funktioniert, erfuhr Heide Simonis bei den anschließenden Betriebsbesichtigungen. Die supermoderne Druckerei Th. Laursen arbeitet eng mit dem Hamburger Unternehmen Broschek zusammen und hat in Lübeck sogar eine gemeinsame Tochter, und das Unternehmen B. und W.energi exportiert Stahlkessel von hoher Qualität.

Den Abschluß der „Stippvisite bei Freunden“ bildete am späten Nachmittag ein Empfang, den die Stadt Tondern den Gästen aus Schleswig-Holstein und den Anhängern der deutschen Minderheit gab. Auch bei diesem festlichen Treffen, das

ein Bestandteil der 750-Jahrfeier der Stadt bildete, lobte das Stadtoberhaupt Kurt Johannsen die „vorbildliche Nachbarschaft“ zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, und Heide Simonis bedankte sich mit einem Geschenk in Form eines Wandteppichs der Meldorfer Museumsdruckerei, der einen symbolträchtigen Lebensbaum darstellt.

*Flensburger Tageblatt, 17.8.1993*

Heide Simonis würdigt Funktion des Grenzlandes bei Verständigung  
*Schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin in ihrer Tischrede auf Marienborg:*  
*„Heute betonen wir nicht das Trennende der Grenzen, sondern das Verbindende der Nachbarschaft“*

KOPENHAGEN. Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) hat in ihrer Tischrede während eines zu ihren Ehren von Regierungschef Poul Nyrup-Rasmussen gegebenen Essens auf Marienborg, dem Gästehaus des Staatsministers, die Vorreiterfunktion des Grenzlandes von Schleswig-Holstein und Nordschleswig bei der deutsch-dänischen Partnerschaft gewürdigt. Die an ihre dänischen Gastgeber gerichteten Ausführungen der Ministerpräsidentin hatten folgenden Wortlaut:

„Sie kennen bestimmt die Antworten des Pessimisten und des Optimisten auf die Frage, wie sie ein halb mit Wasser gefülltes Glas beschreiben würden. Der eine sagt, es sei halb voll, der andere, es sei halb leer. Wie man antwortet, ist eine Frage des Temperaments und der Erwartungen, mit denen man in die Zukunft blickt. Auf die gemeinsame Grenze zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark bezogen heißt das: Man kann das noch Trennende oder das bereits Verbindende betonen.

Seit einigen Jahren – genauer seit den Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen von 1955 – hat sich auf beiden Seiten der Grenze die Haltung zur gemeinsamen Grenze und Nachbarschaft positiv entwickelt. Heute betonen wir nicht mehr das Trennende der Grenze, sondern das Verbindende der Nachbarschaft. Das gilt nicht nur für die offiziellen Vertreter unserer Länder. Es gibt wohl kaum einen Schleswig-Holsteiner, der nicht schon einmal in Dänemark war. Und umgekehrt dürfte es ebenso sein.

Besonders deutlich werden die Gemeinsamkeiten im beiderseitigen Grenzland. Denn was da aufeinandertrifft, sind ja nicht nur zwei Staaten. Es treffen sich vor allem Menschen. Wie sie miteinander umgehen und auskommen, ist auch für das Verhältnis der Staaten von Bedeutung.

Als die Dänen am 2. Juni 1992 Europa durchschüttelten, lag das nicht am Gewinn

der Fußball-Europameisterschaft gegen Deutschland. Die Niederlage der deutschen Mannschaft kam etwas später. Die dänischen Wähler hatten sich mehrheitlich gegen Maastricht entschieden.

Unbeschadet des positiven Verhältnisses zwischen den beiden Ländern wurde in der öffentlichen Debatte des Landes das Abstimmungsverhalten auch wieder mit der historisch begründeten Angst vor dem großen Nachbarn im Süden in Verbindung gebracht.

Erfreulich war in dieser Situation der Blick auf das gemeinsame Grenzgebiet. Hier leben Deutsche und Dänen seit Jahrzehnten friedlich Tür an Tür. In den Abstimmungen zu Europa verzeichnete Nordschleswig sowohl 1972 als auch 1986 und 1992 jeweils das zweithöchste Ja-Ergebnis in ganz Dänemark.

Ähnlich positiv war das Resultat im deutsch-französischen Grenzgebiet. Wo die Menschen zusammenleben und sich kennen, werden historisch gewachsene Vorbehalte und Ängste offensichtlich nachhaltig abgebaut. Das ist eine wichtige Erfahrung.

Die Menschen in Grenzgebieten waren in den Kriegen der Vergangenheit stets die ersten Opfer. Daher überrascht es mich nicht, daß sie ein besonderes Gespür für die historische Bedeutung des europäischen Einigungswerks haben.

Was in Grenzregionen möglich ist, muß nicht auf sie beschränkt bleiben. Der positive Funke kann überspringen. Das zeigen die deutsch-dänischen Beziehungen ganz deutlich. Das zeigt auch der 18. Mai 1993, das Ja der Dänen zu Europa.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein strebt eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Nachbarn im Ostseeraum an. Die politischen Veränderungen der letzten Jahre bieten hierfür gute Möglichkeiten.

Gute Nachbarschaft und offene Grenzen bedeuten nicht den Verlust der eigenen Nationalität oder des eigenen Staates. Erfolg ist nur auf einer partnerschaftlichen Vertrauensbasis möglich, Bestrebungen zu dominieren sind dem abträglich. Gleichberechtigte Kooperation ist daher gefragt. Wir wollen mithelfen, den Norden Europas partnerschaftlich zu einer wirtschaftlich leistungsfähigen, ökologisch friedlichen Region in Europa und der Welt zu entwickeln.

Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg. Die geographisch begründete und historisch gewachsene Verbundenheit Schleswig-Holsteins mit Dänemark und mit allen Staaten des Ostseeraums haben wir durch vielfältige Zusammenarbeit auf eine dauerhafte Grundlage gestellt. Sie wird auch in der Zukunft tragen.“

*Nordschleswiger, 21.8.1993*

Simonis in Kopenhagen: Können uns kein Ausruhen auf Lorbeeren erlauben

*Ministerpräsidentin im Deutschen Sekretariat Kopenhagen*

„Sehr zufrieden“ haben übereinstimmend der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), Hans Heinrich Hansen, und Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (V) ihr Gespräch mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) im Deutschen Sekretariat Kopenhagen kommentiert. Hansen hob als besonders erfreulich den Durchbruch in der EZM-Frage hervor, den Heide Simonis bei Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen erzielt habe.

Der BdN-Hauptvorsitzende, der sich bei der Regierungschefin für ihren erfolgreichen Besuch bei der deutschen Volksgruppe in Tondern bedankte, hob hervor, das Gespräch sei „in sehr angenehmer, sachlich-lockerer Atmosphäre geführt worden und habe in wichtigen Fragen zur Klärung beigetragen“.

Mit großer Befriedigung habe er aus dem Munde der Ministerpräsidentin vor dem Hintergrund der bisher erreichten Ergebnisse im Grenzland zur Kenntnis genommen, „daß wir uns kein Ausruhen auf Lorbeeren erlauben können“, wie es die Ministerpräsidentin formulierte. Das Land Schleswig-Holstein stehe weiterhin voll zu seinen Verpflichtungen in der Grenzlandpolitik, so Hansen.

Sekretariatsleiter Siegfried Matlok hatte zu Beginn des Gesprächs in der Peder-Skramsgade, das rund 15 Minuten länger dauerte als vom Protokoll vorgesehen war, eine Bilanz des Kopenhagener Sekretariats gezogen, das am 6. September sein zehnjähriges Jubiläum begeht. Er hob dabei besonders die freundschaftlich-ergebnisorientierten engen Beziehungen zu Schleswig-Holstein hervor und erinnerte an den Kopenhagen-Besuch der damaligen Finanzministerin Heide Simonis im April 1990, als die wichtige Frage der Elektrifizierung der Bahn Hamburg-Odense noch völlig offen war. Matlok konnte neben Heide Simonis Botschafter Hermann Gründel, Europaminister Gerd Walter mit Frau, den Chef der Kieler Staatskanzlei, Klaus Gärtner, den Grenzlandbeauftragten Kurt Schulz und den Kieler Protokollchef Günther Schulz begrüßen. Bei der Unterredung wurden vor allem Einzelheiten eines realisierbaren Konzepts für das Europäische Minderheiteninstitut erörtert.

Philipsen und Simonis sprachen eingehend über die umstrittene Mülldeponie bei HARRISLEE, aber auch über die Errichtung einer in Tondern geplanten deutsch-dänischen Landwirtschaftsschule für Öko-Landwirte.

Der nordschleswigsche Amtsbürgermeister würdigte die gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Kieler Landesregierung – insbesondere mit Gerd Walter – und betonte auch den positiven Beitrag, den die deutsche Minderheit sowohl in Nordschleswig als auch im Kopenhagener Sekretariat leiste.

Am Abend gab Botschafter Hermann Gründel ein Essen zu Ehren der schleswig-holsteinischen Gäste und sprach von „besonderen Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark“. Die Ministerpräsidentin unterstrich in ihrer Tischrede vor allem die positive Rolle der Minderheitenpolitik. Unter den Gästen in der Privatresidenz des Deutschen Botschafters in Hellerup waren u.a. Verkehrsminister Helge Mortensen (Soz.), die Folketingsabgeordneten Ritt Bjerregaard (Soz), Bertel Haarder, Eva Kjær Hansen (beide Venstre) sowie die drei nordschleswigschen Folketingsmitglieder der Sozialdemokratie, J. K. Hansen, Poul Qvist Jørgensen und Svend Taanquist.

*Nordschleswiger, 23.8.93*